

THE VOICE OF REFUGEES AND MIGRANTS

Zeitung der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

Würzburger Noruz weitet sich aus auf andere Städte

Liebe Leserinnen und Leser, als wir die letzte Ausgabe unserer Zeitung am 23. März für den Druck vorbereiteten, hatten in Würzburg gerade zehn iranischen Flüchtlinge ihren Protest gegen die unmenschlichen Lebensbedingungen in Isolationslagern am Abend des iranischen Neujahresfestes Noruz begonnen. Sie sind heute am 1. Juli 2012 immer noch auf der Straße. Ihnen und ihrem einmaligen Kampf widmen wir in dieser Zeitung die ersten zwei Seiten.

Auf Seite drei dieser Ausgabe präsentieren wir einen Text über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, früher Bundesamt für die Anerkennung aus-

ländischer Flüchtlinge. Mit diesem Text wollen wir einen Beitrag leisten, ein besseres Verständnis über dieses Amt und seine Rolle nicht nur im Asylprozess selbst zu erhalten.

Auf Seite 4 dieser Zeitung findet ihr den Aufruf zu unserem Flüchtlingscamp. Die Übersetzungen in anderen Sprachen stehen im Internet zum Ausdruck und vervielfältigen bereit. Bitte verbreitet diese unter euren Freundinnen und Freunde. Falls ihr nicht selbst zum Camp kommen könnt, teilt uns eure Ideen und Vorschläge für die Zukunft mit.

Ein Bericht über das Isolationslager in Sinsheim und den dort wirkenden Mechanismen sind ebenfalls in

diese Zeitung enthalten wie Berichte über die Androhung der Abschiebung gegen den Aktivistin Miloud und seine Frau Sarah und das Gerichtsverfahren des Aktivistin Ali gegen die Ausländerbehörde Parchim.

Dem Beispiel der protestierenden Flüchtlingen in Würzburg folgend werden ab morgen, dem 2. Juli 2012, schrittweise weitere Protestzelle in Aub, Bamberg, München und Berlin errichtet. Die Flüchtlinge aus diesen Orten stehen in Verbindung mit einander und koordinieren ihre Aktivitäten gemeinsam. Unserer Solidarität gilt ihnen, überall wo wir sind.

Ihr Kampf für Leben und Würde ist unser Kampf.

Wofür wir stehen?

Wir vom The VOICE Refugee Forum und dem Netzwerk der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen sind Flüchtlingsselfstorganisationen. Wir sind unabhängig von jedweden staatlichen oder halbstaatlichen Institutionen oder Organisationen.

In erster Linie haben wir uns seit unserer Gründung gegen die Abschiebungen von unseren Brüdern und Schwestern gestellt. Denn Deportationen wurden immer benutzt, um Menschen verschiedener ethnischer Gruppen, Religionen, Hautfarben, Sprachen und Geschlechter zu spalten, um die Herrschaft der Reichen und der ausbeutenden Klasse durchzusetzen.

Die heutigen Deportationen aus Deutschland zielen auf Menschen aus den dominierten Ländern, der sogenannten "Dritten Welt", ab. Dadurch wird die Solidarität zwischen Flüchtlingen und MigrantInnen sowie Deutschen und Flüchtlingen unterminiert. Die Kämpfe hier in Deutschland sowie die weltweiten Kämpfe gegen Krieg und Ausbeutung sollen dadurch geschwächt werden.

Solidarität und Einheit zwischen uns sind der einzige Weg, den Angriffen des Staates und der Deportationsmaschine zu widerstehen. Wir, die Unterdrückten und Ausgebeuteten, beschließen, uns zu solidarieren und zu vereinen, um gegen jede Herrschaft zu kämpfen, die der Menschheit aufgezwungen wird.



PROTESTIERENDE FLÜCHTLINGE IN WÜRZBURG SOLIDARISIEREN SICH ANFANG MAI 2012 MIT DEN AKTIONSTAGEN IN BERLIN

DER LANDKREIS IST FÜR UNS EIN GEFÄNGNIS MIT UNSICHTBAREN MAUERN

Wir dokumentieren den Redebeitrag von Arash Dousthossein vom 12. Mai 2012 gehalten auf einer Demo in Würzburg:

„Es gibt viele Arten zu töten. Man kann einem ein Messer in den Bauch stechen, einem das Brot entziehen, einen von einer Krankheit nicht heilen, einen in eine schlechte Wohnung stecken, einen durch Arbeit zu Tode schinden, einen zum Suizid treiben, einen in den Krieg führen usw. Nur wenig davon ist in unserem Staat verboten.“ (Berthold Brecht)

Da ich verschwiegen habe, dass ich fünf Jahre lang in der Türkei von der UNHCR Asyl begehrt habe, hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge meinen Asylantrag abgelehnt. Ja, mein Asylbegehren in der Türkei wurde von der UNHCR abgelehnt, weil ich dieses als Kommunist und Gegner der Islamischen Republik Iran gestellt habe. Diese Erfahrung wollte ich in Deutschland nicht wieder machen. Also habe ich diese fünf Jahre in der Türkei verschwiegen. Sogar dass ich Kommunist bin, habe ich vorenthalten.

Ich, Arash Dosthossein, bin Kommunist, Verfasser politischer Weblogs und Atheist. Ich bin ein Gegner der Islamischen Republik Iran.

Meine Verteidigung schreibe und sende ich der deutschen Regierung zu. In der Hoffnung, dass sie nicht wie die UNHCR entgegen der Menschenrechte und zugunsten der Islamischen Republik entscheidet, erwarte ich eine Antwort der deutschen Regierung.

In meiner Ablehnung wurde behauptet, meine Teilnahme am Streik in Würzburg habe lediglich den Zweck gehabt, Nachfluchtgründe zu schaffen. Aber die Islamische Republik spricht die Todesstrafe für ihre Gegner auch außerhalb ihrer Grenzen aus. Ich bin als professioneller politischer Blogger, der all seine Veröffentlichungen namentlich unterzeichnet, nicht darauf angewiesen, Nachfluchtgründe zu erfinden. Meine Teilnahme am Streik in Würzburg als politischer Aktivist kommunistischer Gesinnung bringt meine volle Ablehnung gegenüber dem islami-

schen Regime zum Ausdruck, und zwar in einem Land, von dem ich glaube, dass es Meinungs- und Glaubensfreiheit respektiert. Ebenso handelt es sich um Kritik an der deutschen Asylpolitik, die menschenrechtswidrig ist.

In der Ablehnung meines Asylantrags stand geschrieben: wäre mir mein Asyl wichtig, wäre ich in der Unterkunft geblieben und hätte die Entscheidung abgewartet. Nein! Denn ich lehne die



DELEGATION VON THE VOICE REFUGEE FORUM BESUCHT DIE FLÜCHTLINGE AM 25. JUNI 2012 DIE FLÜCHTLINGE IN WÜRZBURG

Residenzpflicht ab! Ich bin kein Tier, das im 21. Jahrhundert in einem freien Europa, das die Renaissance hinter sich gelassen hat, eine unsichtbare Kette um den Hals erträgt und sich vorschreiben lässt, wie und wohin es sich bewegen darf. Ich lehne das Leben im Asylbewerberheim mit Essensrationen und einem 6 m² großen Zimmer, das keinerlei Unterschied zu den Gefängniszellen im Iran hat, ab! Ich lehne es ab, Asylbewerber unter Quarantäne zu stellen und von der Gesellschaft zu isolieren.

Kein Mensch ist illegal! Aber als Asylbewerber wird das Menschsein an ein Dokument geknüpft. Mit diesem Blatt Papier wird aus ihm im Herzen eines Europas des 21. Jahrhunderts ein Bürger zweiter Klasse.

Habt ihr mit mir Tag und Nacht auf der Straße verbracht oder mit diesem Blatt Papier?

Habt ihr mit mir euer Essen geteilt oder mit diesem Blatt Papier?

Habt ihr mit mir Freud und Leid erfahren, geweint und gelacht, oder mit diesem Blatt Papier?

Habt ihr um Trost zu spenden mich in die Arme genommen oder dieses Blatt Papier?

Mein Menschsein bin ich durch mich und nicht durch dieses Dokument.

Ich bin die Stimme Mohammad Rahsepars. Die menschenunwürdige Situation von Asylbewerbern in Deutschland hat ihn in den Selbstmord getrieben.

Ich bin die Stimme aller Asylbewerber, die aus Angst vor negativen Einfluss auf ihr Asylverfahren nicht mal in unsere Nähe kommen.

Ich bin die Stimme aller Isolierten in den Asylbewerberheimen, die gezwungen sind, die menschenunwürdige Situation in der GU zu ertragen.

Aber ich bringe mich nicht um und ich ertrage die menschenrechtsverletzende Situation von Asylbewerbern nicht länger! Ich fordere, dass

sich der Umgang mit Asylbewerbern ändert!

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt drauf an, sie zu verändern“ (Karl Marx)

Zum Schluss: Die Verurteilung des iranischen Sängers und Künstlers Shahin Najafi zum Tode verurteile ich zutiefst. Ich spreche ihm meine Solidarität aus und fordere die deutsche Regierung – zur Verteidigung der Menschenrechte und als Kritik an einer Regierung, die die Todesstrafe für Menschen über ihre Grenzen hinaus verhängt – auf, ihre diplomatischen und politischen Beziehungen mit dem Iran einzustellen, den iranischen Botschafter des Landes zu verweisen und die iranische Schreckensherrschaft zu boykottieren.

Hungerstreik der Flüchtlinge in Würzburg

Chronologie des Protestes und Interview am 105. Tag des Protestes mit einem der Flüchtlinge im Widerstand

- Seite 2 -

WILLKOMMEN IN DER HÖLLE

Ein Text zur Rolle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge als Schaltzentrale des Abschiebeterrors in Deutschland

- Seite 3 -

gegen das koloniale Unrecht

Aufruf zur aktiven Teilnahme am Flüchtlingslagercamp in Erfurt, Thüringen

- Seite 4 -

Sie haben mein Asylrecht mit Füßen getreten

Bericht über den Prozess Ali Safianou Touré gegen die Ausländerbehörde Parchim

- Seite 8 -

CHRONOLOGIE DES PROTESTS DER FLÜCHTLINGE IN WÜRZBURG

Am 29. Januar 2012 erhängte sich Mohammad Rahsepar, ein iranischer Flüchtling, im Isolationslager für Flüchtlinge in der ehemaligen Emery-Kaserne in Würzburg.

Am 18. März beschließen sein Zimmernachbar und sieben weitere iranische Flüchtlinge aus dem oben genannten Lager für ihr Recht auf Asyl und für die Verbesserung der Lebensbedingungen in den deutschen Isolationslagern in den Streik zu treten. Am 19. März treten sie geschlossen in den Hungerstreik: „Der Selbstmord Mohammad Rashepars, welcher sich am 29.01.12 in Würzburg ereignete, ist nur ein Beispiel dafür, wozu einen solche Umstände treiben. Wenn ein deutscher Staat derlei menschenverachtende Lebenssituationen billigend in Kauf nimmt, werden wir es fortan bevorzugen, unseren Weg in den Tod in aller Öffentlichkeit zu gehen.“

Am 17. Tag des Hungerstreiks fand im Würzburger Rathaus ein Gespräch zwischen den mittlerweile zehn protestierenden Flüchtlingen und Vertretern des bayrischen Sozialministeriums, der Regierung Unterfranken, und dem Vizepräsidenten des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Herrn Dr. Griesbeck statt. 17 Tage mussten die Flüchtlinge hungern, damit man sie hörte. Der Vertreter des BAMF versprach die Asylanträge der Flüchtlinge zu überprüfen. Das bayrische Sozialministerium versprach die Lebensbedingungen der Flüchtlinge in Bayern zu verbessern. Konkrete und feste Zusagen wurden nicht gemacht.

Die Stadt Würzburg verbietet den streikenden Flüchtlingen einen Zelt zum Übernachten aufzustellen. Sie ziehen vor das Gericht. Am 19. April 2012 weist das Verwaltungsgericht Würzburg die Beschwerde der Iraner ab. Am 20. April schließt sich der Bayerische Verwaltungsgerichtshof dem an. Der Protest muss gebrochen werden. Doch die streikenden iranischen Flüchtlinge in Würzburg starten eine Unterschriftenaktion und treten am 30. April in den zweiten Hungerstreik: „Da die Verantwortlichen des BAMF ihr Versprechen nicht eingehalten haben und entsprechende Politiker die Thematik weiterhin ignorierten, kämpfen wir weiter für unsere Ziele – die Anerkennung als politische Flüchtlinge und die Änderung bestehender Asylgesetze und menschenverachtender Bedingungen für Asylsuchende in Bayern und in Deutschland.“

Das Bundesamt erkennt Anfang Mai vier der Flüchtlinge als politische Flüchtlinge an. Ein fünfter darf nicht abgeschoben werden. Die Iraner setzen ihren Hungerstreik aus, protestieren aber weiter.

Mitte Mai legt die Stadt Würzburg neue Auflagen fest. Ziel ist die Schwächung des Protests. Der Protest wird auf die Zeit zwischen 6 und 22 Uhr begrenzt. Die Flüchtlinge sollen maximal drei Stühle, ein Bett und ein Tisch benutzen. Die Flüchtlinge ziehen wieder vor Gericht. Am 15. Mai hebt das Verwaltungsgericht die zeitliche Beschränkung auf. Alle anderen Auflagen der Stadt bestätigt es aber. Am 17. Mai wird in einer stundenlangen mündlichen Verhandlung vor dem Bayerischen Verwaltungsgerichtshof ein Kompromiss geschlossen. Die Flüchtlinge dürfen fortan nur drei Feldbetten, sechs Stühle und zwei Tische benutzen.

Am 4. Juni 2012 nähern sich zwei der Flüchtlinge die Lippen und treten in den Hungerstreik. Weitere folgen später. Am 18. Juni 2012 befinden sich 9 Flüchtlinge im Hungerstreik, sieben haben ihre Lippen zugenäht. Die Flüchtlinge haben sich die Lippen zugenäht, weil nichts passierte. Drei Monate des Protests haben keine Veränderung der bayrischen Flüchtlingspolitik bewirkt. Drei Monate des Protests und immer noch sind einige der Flüchtlinge nicht anerkannt. Sie schreiben in ihrer 24. Pressemitteilung vom 6. Juni 2012: „Wir sind die Stimme aller Asylbewerber, die ihr Recht einfordern. Wir haben laut geschrien, aber niemand hat uns gehört. Jetzt haben wir unsere Lippen zugenäht, weil alles gesagt wurde.“

Nun übt die Stadt Würzburg wieder Druck aus. Alle Flüchtlinge aus anderen Landkreisen sollen wieder zurück in ihre zugewiesenen Landkreise. Den Flüchtlingen soll mit der Residenzpflicht, ein koloniales Gesetz, die freie Meinungsäußerung und das Recht auf Demonstration entzogen werden. Die Zahl der Betten und Stühle soll weiterhin begrenzt werden. Die ermüdeten Körper der streikenden Flüchtlinge sollen keine Gelegenheit finden, sich zu erholen. Die Flüchtlinge, die sich die Lippen zugenäht haben, sollen nicht mehr an dem Protest teilnehmen. Die Tochter der einzigen Frau im Streik, Frau Mandana Hemmat Esfeh aus einem Flüchtlingsheim in Bayreuth, soll an einem anderen Ort verlegt werden, falls sie nicht zurück ins Lager geht.

Am 19. Juni 2012 gibt das Verwaltungsgericht Würzburg der Klage der protestierenden Flüchtlinge Recht und erlaubt den Protest mit zugenähten Mündern. In allen anderen Punkten bestätigt sie jedoch die Auflagen der Stadtverwaltung Würzburg.

Am 27. Juni 2012 tritt Mohammad Hassanzadeh Kalali in den trockenen Hungerstreik und setzt das Trinken ebenfalls aus.

MIT DEM WILLEN KANN DER MENSCH VIEL BEWEGEN

Nach dem Anfang Juni einige der in Würzburg protestierenden Flüchtlinge ihre Lippen zunähten, distanzieren sich Einzelpersonen und Gruppen von der „radikalen“ Aktionsform. Die Solidarität der Flüchtlings- und MigrantInnenorganisationen wuchs jedoch ständig. Dieses Interview mit Abdolbaset Soleimani, der von Anfang an die Proteste mitgestaltete, führte eine Delegation der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen am 1. Juli 2012 vor Ort in Würzburg durch.



MOHAMMAD HASSANZADEH KALALI UND ABDOLBASET SOLEIMANI

Baset, wann bist du nach Deutschland gekommen wo bist du zuerst gewesen und was waren deine ersten Eindrücke?

Am 12. April 2012 bin ich nach Deutschland gekommen. Im Flughafen München bin ich von der Polizei festgenommen worden. Anschließend bin ich in ein temporäres Lager in München eingewiesen worden. Dort habe ich sofort gemerkt, wie schrecklich es die Flüchtlinge hier haben müssen. Vor allem die Situation der Lager ist katastrophal. Ich bin nach einem Tag nach Zirndorf verlegt worden. Es war der schrecklichste Ort, den ich in meinem Leben bis dahin gesehen hatte. In Zirndorf habe ich gedacht, man müsste etwas dagegen tun. Aber da ich erst angekommen war und noch niemand kannte, ist dort noch nichts passiert. Es ist ein Erstaufnahmelager, wo die Flüchtlinge nur kurze Zeit bleiben und Beziehungen noch nicht aufgebaut werden können.

Wie hast Du das Leben im Isolationslager in der ehemaligen Emery-Kaserne in Würzburg erlebt?

Es erinnerte mich an die Lager während der Hitlerzeit. So sehr ich auch versuchte, mir die Welt anders und schöner vorzustellen, es gelang mir nicht. Leben in einem Camp kann man nicht als Leben bezeichnen. Du befindest dich im Schwebestadium. Du weißt nicht, wie deine Zukunft aussieht. Du bist in einem Gefängnis und weißt nicht, wann das Ende kommt. Die Flüchtlinge bilden in Deutschland aus meiner Sicht die unterste Schicht oder Stufe in der Gesellschaft. Sie haben keine Identität in der Gesellschaft. Sie sind gezwungen ihre ganzen menschlichen Gefühle und die Liebe zu unterdrücken. Materiell sind sie die Ärmsten der Gesellschaft. Sie dürfen nicht arbeiten. Können nicht das anziehen, was sie wollen. Sie sind körperlich die Kranken der Gesellschaft. Mindestens 80% der Flüchtlinge, die ich kenne, nehmen Medikamente gegen Schmerzen oder Depressionen ein. Sie nehmen Drogen, damit sie die Situation in den Lagern ertragen. Flüchtlinge vereinen die Schmerzen aller Schichten der Gesellschaft und tragen sie in sich.

Wann habt ihr entschieden auf die Straße zu gehen und warum?

Wir haben ständig gedacht, wir müssen etwas tun. Am ersten Tag, als ich nach Würzburg kam, habe ich gesehen, dass die Leute teilweise Jahrelang auf ihre Antworten warten. Ich konnte nicht verstehen, warum die Bearbeitung von 7 bis 8 Seiten Papier so lange Zeit in Anspruch nimmt. Ich habe gesehen, dass Leute, die hier lange warten, krank werden, dass sie teilweise ihre Familien im Iran verloren. Schnell baute ich Beziehungen zu anderen Flüchtlingen auf. Weil ich ein großes Zimmer hatte, trafen wir uns Abends in meinem Zimmer und analysierten die Situation.

Vor dem Tod Mohammad Rahsepars haben wir versucht, auch mit ihm selbst, ein Rat der Flüchtlinge aufzubauen. Wir haben alle Iraner und Iranerinnen, deren Sprache wir sprachen, eingeladen zu einem ersten Treffen. Am Treffen nahmen 14 Leute teil. Praktisch war es das erste und letzte Treffen. Es fehlte die Motivation. Ein Monat nach diesem Treffen hat sich Mohammad Rahsepar das Leben genommen.

Wir haben gesehen, dass wir nicht mehr warten können. Auch wenn wir Wenige sind, müssen wir anfangen. Wir haben mit denjenigen Kontakt aufgenommen, die bereit waren diesen Weg zu gehen. Es war uns so sehr wichtig, dass wir an unserem eigenen Neujahr, dem Noruz, beschlossen, auf die Straße zu gehen.

Am 19. März 2012 am Vorabend des iranischen Neujahres sind wir, zehn Personen, mit einer Flasche Wasser ohne Geld auf die Straße gekommen. Weil dieser Protest, ein menschlicher Protest war, haben wir große Unterstützung erfahren und konnten bisher, bis zum 106. Tag hier ausharren.

Wie waren bisher eure konkreten Erfahrungen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge?

Ohne Zweifel kann ich sagen, dass wir in diesen 106 Tagen unsere Entscheidungen dem Bundesamt aufzwingen konnten. Jede Person, dessen Fall noch beim Bundesamt lag, konnte sein politisches Asyl bekommen. Unsere Verbindung mit dem Bundesamt ist mittlerweile so nah, dass Herr Köhn vom Bundesamt mit uns persönlich Kontakt aufnimmt. Wir müssen uns nicht mehr mit jedem Sachbearbeiter des Amtes auseinandersetzen. Das Bundesamt hat während unseres Protestes bisher keine großen Steine uns in den Weg gelegt. Vor dem Protest hatten einige von uns sehr viel Angst. Sie riefen nicht beim Bundesamt an, um nach den Stand ihrer Verfahren zu fragen. Sie dachten, es würde negative Auswirkungen auf ihr Verfahren haben.

Was sind die Erfahrungen, die ihr während eures Protestes gemacht habt? Welche Lehren zieht ihr daraus für die Flüchtlingsbewegung?

Das Wichtigste, was wir hier gelernt haben, war, dass für den Anfang einer jeden Bewegung es nicht wichtig ist, das Ziel vor Augen zu haben. Man erreicht das Ziel im Kampf selbst. Es ist besonders wichtig, Vertrauen in die Mitstreiterinnen und Mitstreiter zu haben und an kollektives Handeln zu glauben. Wir haben ein weiteres Mal uns selbst bewiesen, dass es nicht wichtig ist, ob du die Sprache sprichst, Geld hast oder irgendetwas anderes hast oder nicht hast. Mit dem Willen kann Mensch viel bewegen. Wir haben noch eines gelernt, dass das Recht dir nicht gegeben wird, dass du es dir überall erkämpfen musst.

Wie ist der Umgang der Stadt Würzburg mit eurem Protest? Welche Auflagen haben sie euch gestellt und wie habt ihr argumentiert?

Die Stadtverwaltung Würzburg wollte uns nicht mal den Protest genehmigen. Bereits die Genehmigung für März mussten wir vor dem Gericht erkämpfen. Bis heute hat die Stadt Würzburg vier Mal die Verlängerung der Genehmigung für den Protest verweigert und jedes Mal mussten wir bis vor dem Landesgericht in München. Der Oberbürgermeister ist so sehr gegen dieses Protest, dass er vierzehn Tage lang unser Zelt vor dem Rathaus nicht besuchte. Nach 14 Tagen besuchte er unser Zelt, aber nur weil der öffentliche Druck wuchs. Er sagte uns: „Wenn ihr auch stirbt, wird das nichts ändern. Ich war auch mal jung und machte auch solche Sachen, habe aber nichts erreicht. Ich habe eine Wahl sogar verloren, weil ich mich für die Flüchtlinge eingesetzt habe“. Einer von uns bedrohte er und sagte zu ihm, wenn du weitermachst, verschlechtert sich deine Situation. Trotz all dem, was die Stadt und die Stadtverwaltung uns gegenüber getan haben und noch tun, werden wir bleiben. Die Stadt stand sehr unter dem Druck unseres Protestes. Als das Gericht in München die Verlängerung der Genehmigung für unseren Zelt erlaubte, hat Herr Hoffman von der Stadtverwaltung Würzburg angefangen wegen der Zahl der Decken mit uns zu diskutieren. Genau an dem Punkt haben wir ihre Schwäche gesehen. Sie dachten, sie können unseren Protest mit der Beschränkung der Deckenzahl zum Schweigen bringen. So lächerlich war diese Diskussion vor dem Gericht. Ich sagte vor dem Gericht: „Ich habe im Iran nicht mal wegen meines Lebens gehandelt, nun ist es so lächerlich, dass ich hier wegen zwei Decken handeln muss.“ Der Richter sagte Herrn Hofmann: „Ich hoffe, dass Sie nächstes Mal nicht mit mir wegen Decken diskutieren müssen. Sie sind erwachsen!“

Welche Solidarität habt ihr erlebt?

Die Öffentlichkeit und die Bevölkerung in Würzburg haben uns bei Kälte, Regen oder schlechtem Wetter beigestanden. Finanzielle Spenden und Unterschriften zeigen die Solidarität der Menschen mit uns. Es zeigt uns, dass die Menschen und der Staat nicht die gleichen sind. Es ist die herrschende Politik, die die Menschen spaltet. Es ist die kapitalistische Gesellschaft, die rein auf Profitgier aus ist. Die Grenzen und alle unseren Probleme hängen mit dieser Gesellschaftsformation zusammen. Wir haben gelernt, dass kein Mensch ein Faschist ist, es ist die Gesellschaftsform, die Menschen gegeneinander hetzt.

Wie sieht die Welt aus, die du dir wünschst?

Es ist eine Welt der Gleichheit, wo die Hautfarbe keine Rolle spielt. Eine Welt, in der es keine Heilsbringer noch einen Retter außer den Menschen selbst gibt. Eine Welt, in der niemand wegen seiner religiösen Stellung oder Reichtum höhergestellt ist als andere. Eine Welt wünsche ich mir, in der niemand den anderen fragt, woher er oder sie kommt. Eines sollte wichtig sein, das Menschsein. Versuch sie dir vorzustellen, wenn auch die Vorstellung darüber schon für uns alle schwierig erscheint.

Vielen Dank für das Interview und weiterhin viel Kraft.

„WILLKOMMEN IN DEUTSCHLAND“ - WILLKOMMEN IN DER HÖLLE

Ein Text zur Rolle des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge als Schaltzentrale des Abschiebeterrors in Deutschland im „Krieg gegen Migration und Flüchtlinge“

„Willkommen in Deutschland“ - diese Botschaft sendet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über seine Website an die Welt.

Für Flüchtlinge, die einen Asylantrag in Deutschland stellen, lautet in der Praxis die Botschaft vielmehr: „Willkommen in der Hölle“.

Wenn das Bundesamt auf seiner Webseite erklärt „Das Asylrecht ... hat als Grundrecht Verfassungsrang. Es ist das einzige Grundrecht, das nur Ausländern zusteht.“, dann bedeutet dies in der Realität, dass alle anderen verfassungsmäßigen Grundrechte für Asylantragsteller aufgehoben oder massiv eingeschränkt werden, darunter das Recht auf Bewegungsfreiheit, das Recht auf Arbeit, das Recht auf Bildung, das Recht auf Familienschutz, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das Recht auf körperliche Unversehrtheit. Durch diese „gesetzliche“ Diskriminierung und durch zusätzliche, „interpretierende“ Verwaltungsrichtlinien wird im „zivilisierten“ Deutschland die im primären Verfassungsrang zu schützende Menschenwürde zum expliziten Angriffsziel im Umgang mit Asylsuchenden.

Das BAMF ist die zentrale Schaltstelle, von der aus ein „Krieg gegen Migration“ im Landesinneren organisiert und geführt wird. Wer das Glück hat, den außerhalb der EU-Grenzen operierenden Menschenjägern von FRONTEX zu entkommen, ihre Militärpatrouillen, ihr Polizei- und Agentennetz, ihre Todeszäune, ihre Drohenaufklärung und ihre Operationsgebiete in Nordafrika, im Mittelmeer und vor Europas Ostgrenzen überwindet, um dann gemäß den Genfer Konventionen und dem Internationalen Abkommen zum Flüchtlingsschutz einen Asylantrag zu stellen, diese Person findet sich im Spinnennetz der Dublin-II-Verordnung und der nationalen Behörden wieder.

Dublin-II-Verordnung

Die Dublin-II-Verordnung wurde initiiert, um Flüchtlingen ihren Rechtsanspruch auf Asyl beispielsweise in Deutschland deutlich zu erschweren. Mit der Definition sogenannter „sicherer Drittstaaten“ ist eine immense „Zuständigkeitshürde“ hin zu den Staaten an den EU-Außengrenzen aufgebaut worden. Im seltenen Fall, dass Flüchtlinge bei Ihrem Transit durch Deutschland erstmalig „registriert“ werden, hält Dublin-II diese Flüchtlinge in einem Land gefangen, das ihnen mit einer in Europa führenden „Effizienz“ ein Asylgesuch verweigert. Viele hierzulande abgelehnte Asylsuchende haben versucht in einem anderen Land Schutz vor Verfolgung zu finden. Doch selbst wenn ihnen dort Schutz gewährt worden wäre, so werden sie aufgrund der Dublin-II-Regelung wieder nach Deutschland zurückgeschoben - obwohl Deutschland nicht bereit ist, ihr Leben zu schützen, sondern es durch sogenannte „aufenthaltsbeendende“ Maßnahmen, Isolation und Perspektivlosigkeit in Gefahr bringt.

Abschaffung Asylrecht und Drittstaatenregelung

Die BRD hat - nach einer beispiellos rassistischen Medienoffensive („Das Boot ist voll“) und faschistisch motivierten Mord- und Brandserien (Hoyerswerda, Mölln, Rostock, Solingen,...) mit der Grundgesetzänderung zum Asylrecht am 26. Mai 1993 die „Drittstaatenregelung“ eingeführt: Wer auf seinem Weg nach Deutschland über ein „sicheres Land“ kommt, muss dorthin zurück und sein Asylantrag wird automatisch abgelehnt. Diese Regelung ist der Vorläufer der Dublin-II-Verordnung. Mit dieser Regelung haben die europäischen Kernstaaten, die reichsten und mächtigsten Staaten Europas - im Einklang ihrer Interessen mit den anderen west- und nordeuropäischen Staaten einen Gürtel um Europa aufgebaut, mit dem Ziel die menschlichen Opfer ihrer (neo)kolonialen, imperialen und neoliberalen Ausbeutungspolitik abzufangen. Die süd- und osteuropäischen Staaten verwehren im Auftrage ihrer geldgebenden Vertragspartner den Flüchtlingen den Zugang zu Europa. Die Grenzbeamten der jeweiligen Länder werden u.a. durch Experten der Bundespolizei und FRONTEX-Kader unterstützt und ausgebildet. Die Grenzen werden mit Hilfe von Militärtechnologie deutscher und französischer Waffenschmieden und Forschungseinrichtungen abgesichert.

FRONTEX ist ein Projekt, das insbesondere von Deutschland vorangetrieben wurde, weil es einerseits die Kosten für den Kriegszustand zur Abwehr von Flüchtlingen vor und an den europäischen Außengrenzen langfristig auf andere Länder abzuwälzen versucht, und weil es andererseits durch den steten Verkauf deutscher High-Tech-Produkte den operativen Zugriff auf die europäischen Rand- und Anrainerstaaten zu gewährleisten trachtet.

Abwicklung der Asylverfahren durch das BAMF

Zentrale Aufgabe des Bundesamtes ist die - zumeist manipulative und willkürliche - Abwicklung der Asylverfahren, wenn sie nicht schon über Dublin-II anderweitig verwiesen werden können. Dies beginnt mit dem Erstinterview durch geschultes Personal des Bundesamtes in Nürnberg bzw. einer seiner Außenstellen

in den „Erstaufnahmeeinrichtungen“ der Bundesländer. Diese Einrichtungen - größere Sammellager oft in ehemaligen Kasernenanlagen - sind isolierte Orte, wo die Betroffenen unter räumlicher Aufenthaltsbeschränkung (Residenzpflicht) und permanenter Kontrolle gehalten werden. Der Zugang zu verständlichen rechtlichen Informationen wird erschwert und die Erreichbarkeit von Rechtsanwälten oder rechtlicher Beratung wird durch limitierte Bargeldverfügung und willkürliche Prozesskostenbeihilfe („Aussicht auf Erfolg?“) eingeschränkt. Da der Zugang zu unabhängigen Informationsquellen im Internet nicht vorgesehen ist, und weil die Betroffenen meist kein Vorwissen über die eigentlichen Intentionen und Aufgaben der Befragten/innen und Entscheider/innen des Bundesamtes haben, beginnt für sie eine erneute Traumatisierung und Verunsicherung - nach den bereits im Herkunftsland erlebten und den Gefahren und Schrecken der eigentlichen Flucht.

Über seine „Entscheider/innen“ schreibt das Amt selbst: „... großes Erfahrungswissen, das Beherrschen von Befragungstechniken und ein hohes Maß an Einfühlungsvermögen sind unverzichtbar.“ Um welches „Einfühlungsvermögen“ es sich hierbei handelt, belegt die im europaweiten Vergleich niedrige Anerkennungsquote von Asylverfahren in Deutschland um 2% aller Anträge.

Das Beherrschen von Befragungstechniken ist die eigentliche Kernkompetenz, die von der Person einer/s Entscheiders/in verlangt wird. Hierbei geht es in der Zielstellung darum, den/die Antragsteller/in möglichst zu verwirren und zu verunsichern, um vermeintliche Widersprüche „herauszuarbeiten“. So werden z.B. durch wiederholte Befragungen zu den immer wieder gleichen Sachverhalten, Unterschiede im Ausdruck zu maßgeblichen Lügen stilisiert. Viele von uns haben selbst erlebt, dass die Entscheider/innen des Bundesamtes Asylanträge negativ manipuliert haben, um dadurch dem offen formulierten Interesse des deutschen Staates - „effiziente“ Begrenzung der „Zuwanderung“ von Flüchtlingen - Geltung zu verleihen.

Der Abschiebeterror in Deutschland wurde mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz vom 1. Januar 2002 und dem 2004 verabschiedeten „Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern“ (Zuwanderungsgesetz) schrittweise verschärft. Mit dem Terrorismusbekämpfungsgesetz stellte sich die BRD im Zuge des „Kampfes gegen den internationalen Terrorismus“ ausdrücklich hinter die Verfolgung politisch Andersdenkender in den jeweiligen Verfolgerstaaten und verwehrt seitdem hierzulande insbesondere den Aktivisten von antiimperialen Befreiungsorganisationen jegliches Asylrecht.

Im Zuge dieser Entwicklung wurde der Name des Bundesamtes 2005 auch konsequenterweise von „Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge“ in „Bundesamt für Migration und Flüchtlinge“ geändert, da die Anerkennung von Flüchtlingen ja auch nicht mehr als die Hauptaufgabe des Amtes aufrecht erhalten werden konnte.

Mit dem am 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Zuwanderungsgesetz wurden allerdings auch geschlechtsspezifische Fluchtgründe als relevante Anerkennungsgrundlage eingeführt. Frauen, die sexuelle Gewalt unter Folter und in Kriegen erleben mussten, wurden hierzu teilweise so detailliert befragt, dass sie während der Interviews Retraumatisierungen erfahren haben und zusammenbrachen. Frauen aus afrikanischen Ländern wurden mit rassistischen Vorurteilen konfrontiert und ihre individuellen Erlebnisse als etwas Typisches für afrikanische Gesellschaften verharmlost. Obwohl Zwangsehe und traditionelle und religiöse Gewalt gegen Frauen tagtäglich hier in Deutschland zur Kriminalisierung von Migrantinnen instrumentalisiert werden, werden die selben Gründe bei den Interviews als typische Merkmale der Herkunftsgesellschaften abgetan und als Asylgründe abgelehnt.

Das Bundesamt sammelt die Informationen zu den Herkunftsländern. Quellen sind dabei sowohl Informationen des Auswärtigen Amtes, von Menschenrechtsorganisationen, des UNHCR und von Nachrichtenagenturen. Unsere Erfahrungen zeigen jedoch, dass zwar entsprechende Informationen über die politische und gesellschaftliche Lage eines Landes durchaus vorliegen, die Einzelentscheider/innen diese in den Asylverfahren oft nicht einbeziehen oder ihre Entscheidung trotzdem gegen die Flüchtlinge treffen. Aus der Summe dieser Erfahrungen können wir nur eine Schlussfolgerung ableiten: Das Bundesamt erteilt Direktiven, die den Interessen der deutschen Regierung und der deutschen Konzerne untergeordnet sind. Menschenleben und -würde zählen nur dann, wenn sie dem Ansehen der BRD dienen und für die Interessen der deutschen Wirtschaftsverbände nützlich sind.

Erst in einer jüngsten Verhandlungsreihe vor dem Verwaltungsgericht in Braunschweig wurden wir Zeuge, wie in drei verschiedenen Klageverfahren sudanesishe Flüchtlinge das Bundesamt

angeklagt hatten, ihre Berichte falsch wiedergegeben, durch bestimmte Befragungstechniken die Anhörung vom eigentlichen Kern abgelenkt und durch „unfähige“ Dolmetscher manipuliert zu haben. Wenn das Asylgesuch durch das Bundesamt negativ entschieden wurde, wird im Klageverfahren der/s Betroffene vor dem Verwaltungsgericht das Erstinterview als Grundlage genommen und alle Ergänzungen und Berichtigungen der Betroffenen als Lüge oder Schutzbehauptung betrachtet, wenn sie im Widerspruch zu Angaben im Erstinterview durch das Bundesamt stehen. Auf die Frage eines Richters des VG Braunschweig, warum der Antragsteller seine Aussagen unterschrieben und dabei auf eine Übersetzung des Dolmetschers verzichtet habe, antwortete dieser, dass der Übersetzer so schlecht war, dass es ihm gar nichts genutzt hätte, wenn er es sich hätte nochmal übersetzen lassen. Es gibt viele Aussagen von Betroffenen, dass sie vermuten, dass manche Dolmetscher mit den Behörden gemeinsam gegen sie arbeiten. Alle merken an, dass die Erstinterviews durch das Bundesamt ihnen wie Verhöre von Verfolgungsbehörden vorkamen. „Sie wollen nicht die wirkliche Geschichte hören, sondern sie betrachten uns als Betrüger und Kriminelle, denen sie eine Falle stellen müssen.“

Die Interviews mit Verhör ähnlichen Methoden erschrecken die vielfach traumatisierten Flüchtlinge. Die Verharmlosung der politischen Lage in ihren Herkunftsländern schockiert, weil die gleiche deutsche Regierung sich auf internationaler Bühne öffentlich für die Überwindung dieser Verhältnisse stark macht und sogar zu militärischen Mitteln greift. Viele von uns haben erst bei diesen Interviews die scheinheiligen Lügen realisiert, die den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands geschuldet sind.

„Bei Asylverfahren arbeitet das Bundesamt zusammen mit den Ausländerbehörden, dem Bundesverwaltungsamt, der Bundespolizei, den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern sowie mit dem UNHCR.“ (Website BAMF)

Kann der Betroffene sein Klagerecht/Widerspruchsrecht geltend machen und ist es dem Bundesamt nicht möglich, eine schnelle Abschiebung durchzuführen, wird der Betroffene den Mahlsteinen des Asylbewerberleistungsgesetzes und der dann zuständigen Ausländerbehörde überlassen. Dort wird dann der psychische und physische Abtötungsprozess mittels Isolation durch Lagerunterbringung und Residenzpflicht, der Vorenthaltung von Grund- und Menschenrechten, wiederholter Androhung der Abschiebung mit Aufforderung zur „freiwilligen“ Ausreise, sowie durch Schikane und Drangsalierung mit Gutscheinen, Essenspaketen, Nötigung zu Antragstellungen für medizinische Versorgung und willkürlichen Leistungskürzungen der ohnehin verfassungswidrig niedrigen Leistungssätze vorangetrieben.

Das Bundesamt kontrolliert und koordiniert sämtliche Stellen und Maßnahmen gegen die Flüchtlinge. An vielen Entscheidungen, die die Ausländerbehörden treffen müssen, ist das Bundesamt beteiligt. Es wird z.B. um Stellungnahme gebeten, wenn es darum geht, ob ein Ausländer in seinen Heimatstaat abgeschoben werden darf - das heißt, ob ein so genanntes zielstaatsbezogenes Abschiebungsverbot vorliegt. In der gängigen Entscheidungspraxis des BAMF wird das im §60 des Aufenthaltsgesetz formulierte Verbot einer Abschiebung bei anzunehmender Bedrohung von Leben oder Freiheit wegen rassistischer Verfolgung, religiösem Bekenntnis, Staatsangehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen politischer Überzeugungen jedoch strukturell-restriktiv auf ausschließlich staatlich-behördliche Verfolgung reduziert, obwohl die Verfolgung durch nicht staatliche Personen und Organisationen im Gesetz ausdrücklich gleichgestellt wird, wenn der Hoheitsträger nicht in der Lage oder nicht willens ist, die Verfolgung abzustellen und keine innerstaatliche Fluchtalternative besteht.

Das BAMF hat neben der Ablehnung und Koordinierung aller Maßnahmen zur Abwehr von Flüchtlingen weitere zentrale Aufgaben. So verteilt es die finanziellen Mittel aus den Fonds der Europäischen Union an Nichtregierungsorganisationen und andere staatliche oder nicht-staatliche Institutionen. Diese müssen dabei in der Lage sein, einen Teil der Finanzierung selbst zu tragen. Es kommen daher nur größere Institutionen in Frage. Die Gelder werden durch entsprechende Verteilungskriterien hauptsächlich projektbezogen an Organisationen vergeben, die entweder die Rückführung der Flüchtlinge in die Herkunftsländer beschleunigen und erleichtern oder die „gute“ Flüchtlinge für den hiesigen Arbeitsmarkt selektieren. Das Bundesamt richtet also für die Bundesregierung die Arbeit der größeren Nichtregierungsorganisationen aus, koordiniert und steuert ihre Arbeit durch die regelmäßige Kontrolle innerhalb der Projekte.

3. Mai 2012

KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

SOLIDARITÄT GEGEN DAS KOLONIALE UNRECHT UND DIE ANGRIFFE AUF UNSERE LEBEN

ZUSAMMENKUNFT FÜR DEN AUSBAU DER PLATTFORM DER FLÜCHTLINGE UND MIGRANTINNEN

BREAK ISOLATION - Flüchtlingsommercamp 2012

23. August bis 2. September 2012 in Erfurt/Thüringen

Freundinnen und Freunde, Schwestern und Brüder, Mitstreiterinnen und Mitstreiter,

wir vom THE VOICE Refugee Forum und der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen organisieren in diesem Sommer ein Sommercamp. Wir laden euch ein, mit uns gemeinsam zehn Tage lang nach vorn zu schauen und zu diskutieren, wie unsere Selbstorganisation weiter gestärkt und entfaltet werden kann. Wir wollen die bisher in praktischen Kämpfen gelebte Solidarität untereinander verfestigen und uns rüsten für zukünftige Kämpfe. Wir wissen aus unserer langjährigen Erfahrung der organisierten Kämpfe gegen das deutsche Abschiebesystem und all seinen Formen, dass Selbstbestimmung und Selbstermächtigung von uns Flüchtlingen - den unmittelbar vom kapitalistischen System bedrohten Menschen - Kern einer Bewegung zur Überwindung von Ausbeutung und Unterdrückung sind. Wir wissen, dass wir nur mit einem scharfen und klaren Fokus und einer wachsenden Basis diesem Ziel näherkommen können. Seit der Konferenz gegen koloniales Unrecht 2009 (1) arbeiten wir permanent am Aufbau lokaler Flüchtlingskomitees und Gemeinschaften in den Lagern und in unterschiedlichen Städten. Auf unserem weiteren Wege wollen wir die Solidarität zueinander und die Beziehungen zwischen den bereits bestehenden und neu entstehenden lokalen Gruppen ausbauen und stärken.

Auf dem Flüchtlingscamp wollen wir unsere bisherige Arbeit reflektieren, das politische Umfeld analysieren und uns politisch bilden. Wir wollen die Erfahrungen aus vergangenen erfolgreichen Kämpfen an die neuen Aktivistinnen und Aktivisten weitergeben sowie unsere Schwächen beleuchten. Es ist an der Zeit, zwischen all den tagtäglichen Kämpfen zu analysieren, wo wir stehen und wie der weitere gemeinsame Weg aussehen kann.

Wir sehen aktuell, dass trotz aller Kämpfe und Widerstände gegen Abschiebungen, Residenzpflicht und Polizeibrutalität die Angriffe des deutschen Staates auf Flüchtlinge und MigrantInnen - insbesondere unter der Einwirkung der Systemkrise - massiv verstärkt werden. Rassismus als Spaltungs- und Herrschaftsinstrument wird intensiv genutzt, damit die Verursacher von Hunger und Not, von Familientrennung und Isolation weiterhin den Reichtum an sich reißen können.

Heute sind wir Zeugen, wie trotz aller sozialen und politischen Aufstände und Massenrebellionen die Zerstörung unserer Länder, unserer Lebensräume und unserer Gesellschaften durch die westlichen Länder im Stil eines neuen Weltkriegs vorangetrieben werden. Wir müssen zusehen, dass trotz der entfalteten Kraft der Proteste die Entscheidungen über die Macht in unseren Ländern weiterhin in Runden außerhalb unserer Kontinente getroffen werden. Dies ist keine neue Erfahrung, doch die Offenheit, mit der sie zutage tritt, ist eine weitere Ohrfeige und Erniedrigung - und offenbart unsere eigene Schwäche. Durch den zielgerichteten Export von Kriegsmaterial, wirtschaftliche Sanktionen und politisch-militärische Interventionen sollen jede Transformation der Ausbeutungsverhältnisse verhindert und jedes Bestreben nach tatsächlicher Unabhängigkeit erstickt werden. Das Militärbündnis NATO hat die Welt in einen permanenten Kriegszustand versetzt und bedroht weiterhin unsere Familien in den Ländern, die wir verlassen mussten.

Der Protest gegen die Verursacher des Elends auf unseren Kontinenten nimmt stetig zu. Aber auch die jungen Menschen hier in Mitteleuropa fangen an, die Lügen ihrer Verschleierungspropaganda zu erkennen und setzen sich gegen Abschiebungen, Ausbeutung und Militarisierung ein. Trotz alledem und trotz unserer aller Kämpfe werden die europäischen Außengrenzen jeden Tag stärker militärisch abgeschottet und das Lagersystem innerhalb der EU ständig weiterentwickelt. Die Randstaaten Europas müssen für die Kernstaaten die Flüchtlinge abfangen und abwehren. Die Lager und die militärische Abschottung werden immer weiter ausgelagert. Immer mehr Länder werden zu Vasallen der Bekämpfung der erzwungenen Migration und erledigen für die europäischen Staaten die dreckige Arbeit auf dem afrikanischen und asiatischen Kontinent. Die Folgen sind verheerend und Zeugnis der kolonialen und genozidalen Ideologie der herrschenden Eliten. Obwohl wir als Menschheit in der Lage sind, Nahrung für die gesamte Erdbevölkerung zu produzieren, verhungert alle fünf Sekunden ein Kind unter zehn Jahren. 37 000 Menschen verhungern jeden Tag. Eine Milliarde sind permanent schwerstens unterernährt. Alle 60 Sekunden stirbt ein Mensch durch Schusswaffen. 500 000 Menschen sterben jedes Jahr durch Schussverletzungen. Deutsche Konzerne belegen hingegen den dritten Rang der weltweiten Rüstungsexporte. Der Kapitalismus

hat längst seine goldene Maske verloren. Die Zerstörung der Erde schreitet voran und tötet nicht nur die Menschen, sondern zerstört auch die Lebensgrundlage zukünftiger Generationen. Daher wird unser Protest als ein Teil des Kampfes gegen diese permanente Zerstörung immer bedeutender und ist zwingend notwendig.

Unser gerechter Widerstand erreicht immer mehr Menschen. Verglichen mit dem Ausmaß der Zerstörung und der Häufigkeit der Angriffe erscheint er aber geschwächt. Die politische Klarheit und die Analyse und Ausarbeitung der Herrschafts- und Machtstrukturen erfordert Zeit, kollektive Untersuchung und Erkenntnis. Wir sind selbst aber Kinder des Kolonialismus und des Kapitalismus. Zersplitterung und Konkurrenzverhalten innerhalb unserer eigenen Widerstandsbewegungen schwächen die gesamte Bewegung gegen das kapitalistische Diktat.

Wir sind geprägt von den Auswirkungen des „kolonialen Erbes“ - der kolonialen Mentalität. Wir hängen zusammen und sind miteinander verbunden durch die Kette, die im Kolonialismus zwischen den unterdrückenden und den unterdrückten Gesellschaften entstanden ist. Nicht nur unsere Bewegung wird geschwächt durch Infiltration und Manipulation durch vermeintliche Verbündete, deren verstecktes Ziel die Durchsetzung einer eigenen Agenda ist, die teilweise nur die Sicherung des eigenen Lebens und des eigenen Status umfasst. Diese Einflüsse aber schwächen den Kern der Bewegung, der in der Selbstbestimmung und Selbstermächtigung der unmittelbar Betroffenen besteht.

Deshalb rufen wir - The VOICE Refugee Forum und die KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen - Euch dazu auf, zu dem zehntägigen Treffen nach Thüringen zu kommen. Bringt euch in den Entwicklungsprozess für den Aufbau selbstbestimmter und selbstorganisierter Flüchtlingsgemeinschaften und -komitees ein. Seid Teil der Solidaritätsplattform der Flüchtlinge im Rahmen des Netzwerks der KARAWANE. All diejenigen, deren Ziel es ist, sich mit dem Kampf der Flüchtlinge zu verbinden und eine wirksame Überwindung von Rassismus und kolonialer Mentalität anzustreben, rufen wir auf, zum Camp nach Thüringen zu kommen.

Das Camp soll der Stärkung und der Konzentration des Flüchtlingswiderstands dienen. Wir wollen alle Diskussionen und Analysen an diesem Ziel ausrichten. Uns geht es nicht darum, uns gegenseitig unterschiedliche Kampagnen und Aktionen der Zukunft zu präsentieren oder uns übereinander zu informieren. Wir wollen die Solidarität untereinander durch aktiven Austausch stärken und gemeinsam herausfinden, inwieweit unsere eigene Freiheit mit der anderer zusammenhängt. Wie mache ich deinen Kampf zu meinem und wie bringen wir uns gemeinsam ein?

Ein zentraler Punkt wird der Erfahrungsaustausch der Flüchtlingsgemeinschaften über die rassistische Politik und Praxis im deutschen Lager- und Abschiebesystem sowie unsere Praktiken der Gegenwehr und der Selbstorganisation sein. Die konkreten Erfahrungen des Widerstands und der Solidarität durchbrechen den Kreis der Angst und der Ohnmacht. Hierzu gehört auch die Vermittlung von technischem und organisatorischem Wissen.

Wir wollen uns auf dem Camp Zeit nehmen, um in Reflexionen und Analysen über die gegenwärtige Situation - sowohl hier wie auch in unseren Herkunftsländern - die daraus resultierenden Anforderungen und Bedingungen für unseren Widerstand herauszuarbeiten und dabei unser politisches Bewusstsein zu stärken. Die Kampagne „Krieg gegen Migration - Krieg gegen Flucht“ wird ein Hauptschwerpunkt des Camps sein. Alle Flüchtlinge und MigrantInnen sind dazu eingeladen, ihre Erfahrungen zu diesem Thema vorzubereiten und einander mitzuteilen.

Das ganze Camp wird auf dem Prinzip der Solidarität aufbauen, denn wir haben gelernt, dass die Solidarität der Unterdrückten untereinander unsere schärfste Waffe und unseres Gegners größte Angst ist. Das KARAWANE Festival gegen koloniales Unrecht in Jena 2010 (2) wurde als Bastion der Solidarität bezeichnet und von allen, die sich dort einfanden, auch so empfunden. Das Camp 2012 will das Prinzip der Solidarität auf die Ebene der alltäglichen und kontinuierlichen Praxis heben. Nach wie vor existiert das Netzwerk der KARAWANE in ursprünglicher Form und bietet Raum für aktive Teilnahme und den Aufbau lokaler Gruppen und Initiativen, die den Prozess der Selbstorganisation und Selbstermächtigung von Flüchtlingen und MigrantInnen vorantreiben wollen.

Das Camp wird die Planungen und Konkretisierungen für das Tribunal gegen die Bundesrepublik Deutschland im Sommer 2013 in Berlin auf die Tagesordnung setzen und alle Flüchtlinge als Zeugen und Betroffene für die systematischen Menschenrechtsverletzungen einladen. Dazu gehört auch die Ermutigung von Flüchtlingsfrauen, deren Situation im deutschen Lagersystem oft am schwersten ist. Unsere gemeinsame Dokumentation wird in Zukunft ein unumstößlicher Beweis gegen alle Versuche der Leugnung der Verbrechen sein, die gegen uns verübt wurden und werden.

Das Camp wird der Raum unserer kulturellen Vielfaltigkeit und Ausdrucksmöglichkeit sein. Wir laden euch alle dazu ein, eure Talente in Musik, Malerei, Lyrik, Tanz, Sport und Spiel mit in das Camp zu tragen.

Wartet nicht auf irgendwen, der Euch eine Lösung verspricht. Er oder Sie wird nicht kommen. Wartet nicht, bis das eigene Problem so groß ist, dass es euer Handeln erzwingt - es wird dann zu spät sein. Glaubt nicht, ihr seid nicht betroffen, wenn ihr kein Flüchtling (mehr) seid. Wir alle sind verbunden mit der Kette des kolonialen Unrechts.

Stoppt den Krieg gegen Flucht!

Solidarität mit dem Flüchtlingswiderstand in Deutschland und Solidarität mit der internationalen Bewegung der Flüchtlinge und MigrantInnen gegen Ausbeutung und Unterdrückung!

Organisiert euch gegen das deutsch-europäische Lager- und Deportationsregime!

Vereinigt euch gegen koloniales Unrecht!



Brecht die Isolation, überwindet alle Barrieren der Trennung, vereinigt Euch im Kampf!

Informationen über das Camp und dessen Organisation: refugeecamp2012@riseup.net

Nähere Informationen zum Camp erhaltet ihr auch über die lokalen Gruppen der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen und des THE VOICE Refugee Forums.

Kontakt in Thüringen:

The VOICE Refugee Forum
Schillergaesschen 5, 07745 Jena, Tel.: ++49 (0) 176 24568898
Email: thevoiceforum@gmx.de

Verweise

- [1] Konferenz „Vereinigt gegen koloniales Unrecht in Deutschland“, September 2009, mehr unter <http://thevoiceforum.org/node/1281>
- [2] KARAWANE-Festival 2010 - Vereinigt gegen koloniales Unrecht, Juni 2010, Jena: <http://karawane-festival.org>

Übersetzungen des Aufrufs in arabisch, englisch, farsi, französisch, italienisch, russisch, spanisch, türkisch findet ihr auf unserer Homepage:

<http://thecaravan.org/refugeecamp>

Isolation in Lager am Beispiel von Sinsheim

Lage und Aufbau des Lagers

Das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis ist seit April 1998 für die vorläufige Unterbringung ausländischer Flüchtlinge im Landkreis zuständig und betreibt dazu unter anderem in Sinsheim ein offiziell „Gemeinschaftsunterkunft (GUK)“ genanntes Lager, in dem momentan knapp 400 Flüchtlinge und MigrantInnen aus aller Welt leben. Mitte 2011 neu aufgestellte Container sollen in den nächsten Monaten von bis zu achtzig weiteren Flüchtlingen bezogen werden. Dann ist es die größte Unterkunft im Rhein-Neckar-Kreis und eine der größten in Baden-Württemberg. Wie die meisten der (Isolations-)Lager, liegt auch das Lager in Sinsheim außerhalb der Stadt, als eines der letzten Gebäude im Industriegebiet. Direkt an den Bahngleisen, neben einem Bauschuttunternehmen, gegenüber eines Hundehofs.

Die mangelhafte Absicherung der Bahngleise führte im April 2011 zum Tod eines zweijährigen Kindes: dieses hatte vermutlich an den Gleisen gespielt, als es von einer heranfahrenden S-Bahn erfasst und getötet wurde. Inzwischen steht ein notdürftiger Zaun direkt vor den Bahngleisen, der ebenfalls nicht abzusichern vermag, dass nicht wieder Kinder auf den Gleisen von einem Zug mitgerissen werden. Kinder werden hier weiterhin fahrlässig gefährdet.

Der von den meisten im Lager lebenden Menschen genutzte Weg in die Stadt oder zum Lager ist durchsetzt mit Schlaglöchern und unbeleuchtet. Viele LKWs sind dort unterwegs um Waren an - oder abzuliefern. Das bedeutet eine zusätzliche Bedrohung und Angst für die Menschen und vor allem die Eltern jüngerer Kinder. Was es für die Schulkinder bedeutet, soweit außerhalb der Stadt in einer Massenunterkunft zu wohnen, ist leicht vorstellbar. In der Stadt lebende Freunde wollen sie wohl äußerst selten auch mit Erlaubnis ihrer Eltern in dem Lager besuchen kommen. Entfernt der Wohngebiete untergebracht zu sein, bestärkt natürlich das (von den Behörden gewünschte) Gefühl der Ausgrenzung und dient der Kontrolle der Flüchtlinge.

Das Lager in Sinsheim besteht aus insgesamt vier zweistöckigen Gebäuden und dem im Februar hinzugekommenen einstöckigen Containerbau. Ein Gebäude dient der Lebensmittel-, Kleidungs- und Taschengeldausgabe und Lagerung, außerdem werden einige der Zimmer im Winter von Obdachlosen bewohnt. Im Gebäude dahinter befinden sich die Büros dort arbeitender Sozialarbeiter, sowie ein größerer Raum, in dem Sprachkurse und Hausaufgabenbetreuung stattfinden. Dieser ist jedoch außerhalb der Kurse nicht für die dort lebenden Flüchtlinge nutzbar. Im hinteren Teil und zweiten Stock dieses Gebäudes und eines weiteren sind alleinstehende Frauen, Männer und Familien untergebracht. Ein Gebäude wird komplett von allein stehenden männlichen Flüchtlingen bewohnt.

Die Situation im Lager

Während mehreren Gesprächen mit den Flüchtlingen dort wurde klar, dass die repressive und diskriminierende Haltung der Lagerleitung eine wesentliche Rolle in der Einschüchterung der BewohnerInnen spielt. Immer wieder wurden wir gebeten, die Informationen und Berichte von den Umständen im Lager, bzw. vor allem die Namen der mit uns vernetzten Flüchtlingen nicht an die Lagerleitung weiterzugeben. Wie in vielen anderen Lagern und Behörden in Deutschland herrscht die Angst einer vorgezogenen Abschiebung bei politischer Aktivität oder auch nur dem öffentlichen Hinweisen auf und Kritisieren von Missständen. Es gibt u.a. Berichte über mit fadenscheinigen Begründungen vorenthaltenes Taschengeld und über diskriminierende Bemerkungen gegenüber den BewohnerInnen seitens der Lagerleitung. Dass dieser psychische Druck, der somit auf die Flüchtlinge ausgeübt wird, zu dem gewünschten Effekt führt, in politischer Passivität zu verharren und selbst ihre gesetzlich festgeschriebenen Ansprüche nicht einzufordern, ist für uns als UnterstützerInnen offensichtlich und deutlich erkennbar.

Eine verkürzte Darstellung der gravierendsten Probleme im Lager

Lebensmittel werden im Rhein-Neckar-Kreis immer noch in Paketen zwei mal pro Woche ausgegeben, die sich die Flüchtlinge nicht einmal selbst (z.B. über eine Wahlliste) auswählen können. Davon abgesehen, dass die Lebensmittel auch für alleinstehende Menschen oft unzureichend sind, ist diese Situation gerade auch für Familien und vor allem deren Kinder nicht haltbar, wenn nicht gar fahrlässig und gesundheitsgefährdend. Die Flüchtlinge berichten über sich immer wiederholenden Fraß und auch über nicht selten abgelaufene Haltbarkeitsdaten.

Uns wurde mehrfach von der durch die Enge schwer zu ertragenden Wohnsituation erzählt, in der die Flüchtlinge im Lager leben. Viele Familien mit jugendlichen Kindern leiden unter der fehlenden Privatsphäre, da meistens zusammen in einem Zimmer gelebt werden muss. Die Lagerleitung lässt auch nach mehrmaligem Nachfragen keine Zimmerwechsel zu. Auch dass



nur eine Küche pro Stockwerk zur Verfügung steht, trägt oft zu einer Verschärfung der prekären Wohnsituation auf Grund der räumlichen Enge bei. In den Gebäuden mit Familien und alleinstehenden Männern kommt es wohl regelmäßig zu Auseinandersetzungen. Teilweise sind die Küchen unglaublich verdreckt und spärlich ausgestattet, die Toiletten unhygienisch und kaum benutzbar.

Zwei mal im Jahr gibt es Kleidungs Gutscheine. Diese sind aber nicht flexibel genug einsetzbar. Gerade jüngere Kinder wachsen so schnell, dass sie öfters neue Kleidung benötigen würden als von der Verwaltung vorgesehen. Zudem müssen die vollen Beträge der Gutscheine bei einem Einkauf ausgegeben werden und es gibt eine Höchstgrenze pro Kleidungsstück, die nicht überschritten werden darf, aber bspw. für eine gute Winterjacke nicht unbedingt ausreichend ist.

Fazit

Die vom deutschen Staat so viel beschworene Integration der über Jahre in Deutschland lebenden Flüchtlinge und MigrantInnen wird allein durch die räumliche Isolation dieser Menschen ins Lächerliche geführt. Die Isolierung der Flüchtlinge durch ihre Unterbringung in den Außenbezirken und Rändern der Städte und Gemeinden bewirkt auch die Isolierung der deutschen Bevölkerung und erschwert es dieser, mit den Flüchtlingen in Kontakt zu treten. Die räumliche Trennung der MigrantInnen vom alltäglichem gesellschaftlichen Leben ist gezielte Praxis des institutionellen Rassismus in Deutschland: MigrantInnen sollen abgeschottet leben und möglichst wenig bzw. keinen Kontakt zur Bevölkerung aufbauen können. So können alltägliche Diskriminierungen in den Lagern, wie Abschiebungen und die Schikanen der Lagerleitung nicht öffentlich und heimlich stattfinden und das rassistische System sich somit selbst erhalten.

Protest und Repression

Seit Anfang dieses Jahres gibt es kleine Anzeichen der Selbstorganisation der Flüchtlinge in Sinsheim. Durch die Besuche eines im Herbst 2011 gegründeten Bündnisses für die Abschaffung des Lagers gibt es Kontakte zu Flüchtlingen aus Sinsheim, die für eine Abschaffung der diskriminierenden Verhältnisse im Lager kämpfen wollen und keine Angst vor Repression der Lagerleitung mehr haben. Auch in der Hoffnung darauf, dass es durch diese Flüchtlinge zu einer weiteren Verbreitung der Forderungen unter den Flüchtlingen dort kommt, organisierten wir Anfang Juni 2012 die erste Kundgebung gegen das Lager in der Sinsheimer Innenstadt, an der ca. 100 Menschen teilnahmen.

Bereits vor Beginn der Kundgebung versuchte die Polizei den antirassistischen Protest zu gängeln. Mit einem Einsatzwagen postierte sie sich unmittelbar vor dem Flüchtlingsheim und kontrollierte Menschen der UnterstützerInnenengruppe, die zusammen mit den Flüchtlingen in die Innenstadt laufen wollten. Alarmiert wurde die Polizei bereits Tage vorab durch die La-



gerleitung, die angab, dass mit der Teilnahme von Hunderten von Flüchtlingen an der Kundgebung zu rechnen sei. Gerade auf Flüchtlinge wirkt ein solches Polizeiaufgebot einschüchternd und abschreckend. Denn diese erfuhren zu großen Teilen Misshandlungen und Verfolgung durch die Polizei und anderen staatlichen Institutionen, sowohl in ihren jeweiligen Herkunftsländern, als auch in Deutschland. Damit bewiesen die Sinsheimer Behörden durch dieses Vorgehen nicht nur mangelnde Feinfühligkeit gegenüber den Flüchtlingen. Zugleich trat hier offener Rassismus zu Tage: die Furcht vor einer massenhaften Ansammlung von Flüchtlingen in der Innenstadt.

Dennoch startete die Kundgebung später äußerst positiv. Mit Sprechchören und Transparenten schritten rund 50 Flüchtlinge auf die Kundgebung zu und verließen ihrem Unmut Ausdruck. Sie forderten die Abschaffung der Essenspakete und das Recht auf ihre Selbstbestimmung ein. Vier Bewohner aus dem Heim schilderten eindrücklich ihre schwierige Lebenssituation, in welche sie gezwungen werden. Sie prangerten die planmäßigen Demütigungen durch deutsche Behörden an, die sie zu Menschen zweiter Klasse abstempeln, denen Grund- und Bürgerrechte verwehrt bleiben.

Mit dem von den Flüchtlingen und den UnterstützerInnen gemeinsam formulierten (öffentlichen) Brief mit den wesentlichen Forderungen, soll der Druck auf die Verantwortlichen Behörden des Rhein-Neckar-Kreises aufgebaut und in Zukunft weiter verstärkt werden.

Boycott der Lebensmittelpakete

Wenige Tage nach der Kundgebung kam es zu einer kollektiven Verweigerung der Lebensmittelpakete von einem großen Teil der in der Unterkunft lebenden Flüchtlinge. Die mehrere Stunden nicht abgeholt Pakete verwirrten Lagerleitung und Sozialarbeiter derart, dass die Lagerleitung später durch die Flure der Häuser ging, um die entsprechenden Menschen doch noch zum Abholen der Pakete zu überreden, was einige ablehnten, aber vor allem Familien letztendlich umstimmte. Außerdem wurde ein von den boykottierenden Flüchtlingen verfasseter Brief, in dem auf den Boykott und die Forderungen aufmerksam gemacht wurde, an die zuständigen Behörden nach Stuttgart geschickt. Jetzt gilt es die Flüchtlinge in ihrem selbstbestimmten Kampf und künftigen Boykotten der Pakete zu unterstützen und weiterhin Öffentlichkeit zu schaffen.

Ein weiteres gravierendes Beispiel der von der Lagerleitung ausgehenden Repression: Einem auf dem in der lokalen Zeitung veröffentlichten Photo erkennbaren Flüchtling wurde sein Mini-Job im Lager gekündigt, weil er sich an der Kundgebung beteiligt hatte. Dies wurde ihm von der Lagerleiterin so auch ganz klar bestätigt.

Die Bedingungen im Sinsheimer Lager unterscheiden sich nicht wesentlich von vielen anderen Lagern im Bundesgebiet. Trotzdem oder besser gerade deshalb, sind wir für die Abschaffung des Lagers und die Unterbringung der Flüchtlinge in würdigen Wohnungen. Bis dahin geht es darum, strukturelle Verbesserungen zu fordern.

Dieser Artikel über das Lager Sinsheim soll dazu dienen über die Bedingungen und den Protest dort zu informieren und auch dazu animieren, flächendeckenden Protest gegen Lager und diskriminierende Behandlung von Flüchtlingen bundesweit zu initiieren und zu unterstützen, bzw. den antirassistischen Widerstand zu vernetzen.

Aufgetaucht! - Initiative gegen die Illegalisierung von MigrantInnen / Heidelberg, Juni 2012

Kontakt und Infos: aufgetaucht-hd@posteo.de / aufgetaucht.blogspot.de

AKTIONEN VOR DER NIGERIANISCHEN BOTSCHAFT ZUR BEENDIGUNG DER ABSCHIEBEKOLLABORATIONEN

Am 10. Mai 2012 haben mehr als 120 Aktivistinnen und Aktivisten, Flüchtlinge sowie Nicht-Flüchtlinge den Vorplatz der nigerianischen Botschaft in Berlin belagert. Sie protestierten gegen die Kollaboration der nigerianischen Botschaft bei der Abschiebung von Flüchtlingen von Deutschland nach Nigeria. Auf einem der Transparente stand die Botschaft des Tages: „Deportation ist koloniale Verfolgung – Ergreift die Macht!“. Die Forderungen der Aktivistinnen und Aktivisten waren der sofortige Stopp der mobilen Botschaftsanhörungen, das Ende der Kollaborationen für den Vollzug der Abschiebungen, Beendigung der Abschiebeabkommens zwischen der Regierung Nigerias und Frontex sowie ein Ende der kolonialen Ausbeutungen.

Zu den Aktionstagen in Berlin waren Flüchtlingsdelegierte aus

Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Kiel, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Thüringen angereist. Neben den zahlreichen nigerianischen Delegierten waren auch Flüchtlinge aus Afghanistan, Benin, Ghana, Indien, Iran, Kamerun, Pakistan, Sudan, Syrien, Togo, Tunesien und Uganda vor Ort.

Bei der Aktion vor der nigerianischen Botschaft wurde zahlreiche Redebeiträge gehalten. In den Pausen wurden Lieder des Musikers Fela Anikulakpo Kutí, unter anderem das Lied „Zombie“ gespielt. Zu der Musik wurde getanzt und keiner ließ sich durch die starke Polizeipräsenz vor der Botschaft einschüchtern.

Von der Aktion aus wurde der nigerianische Botschafter in Berlin, Herr Abdu Usman Abubakar, öffentlich aufgefordert, zu den Protestierenden zu kommen und Stellung zu beziehen. Kurze Zeit später fuhr der Wagen Botschafters geschützt durch die deutsche Polizei aus der Botschaft raus und verließ das Gelände.

Die nigerianischen und afrikanischen Flüchtlinge bestanden darauf, ins Botschaftsgebäude eingelassen zu werden und sangen: „Das ist unser Haus und die deutsche Polizei darf uns nicht stoppen!“. Die Polizei informierte die Demonstrationsteilnehmerinnen und -teilnehmer, dass die Botschaftsvertreter keine öffentliche Stellungnahme abgeben wollen. Die protestierenden Menschen beharrten darauf, mit einer offiziellen Vertretung zu sprechen und eingelassen zu werden. Schließlich musste eine offizielle Person die Forderungen der Protestierenden entgegennehmen.

Um die Kollaboration bei Abschiebungen deutlich sichtbar zu machen, zeigte einer der anwesenden Flüchtlinge einen Brief, in dem er aufgefordert wurde, sich bei der nigerianischen Botschaft zwecks Identifizierung für eine Abschiebung vorzustellen. Er solidarisierte sich mit der Aktion, die dazu führte, dass die Polizei den Einlass in die Botschaft verwehrte und er sich nicht bei der Botschaft an diesem Tag vorstellen konnte.

Die dubiosen Botschaftsmitarbeiter wurden durch einen afrikanischen Priester nach traditionellen Riten dem Ahnen vorgestellt. Diese Vorführung krönte die Aktionen vor der nigerianischen Botschaft. Der Protest zog anschließend zum Auswärtigen Amt. Es ist ein Hauptelement der kolonialen Manipulation. Als Arm der Bundesregierung setzt sie die Rahmenbedingungen und Verträge zur Fortsetzung der globalen Ausbeutungsverhältnisse im Sinne der deutschen Konzerne und Regierung. Die protestierenden Flüchtlinge bezeichneten daher das Gebäude des Auswärtigen Amtes als Symbol der Kolonisation inmitten von Berlin.

Bericht und Fotoreportage auf Umbruch Bildarchiv: http://www.umbruch-bildarchiv.de/bildarchiv/ereignis/100512nigeria_botschaft.html

Aktivistinnen und Aktivisten blockieren den Vorplatz der nigerianischen Botschaft, Video auf vimeo: <http://vimeo.com/43128334#>



BERLIN, 10.5.2012, FOTO WWW.UMBRUCH-BILDARCHIV.DE

ABSCHIEBUNG VON SARAH UND MILOUD VORERST ABGEWEHRT

Am 04.03.2012 erhielten Olesia Sarah und Miloud Lahmar Cheriff einen Brief von der der Ausländerbehörde Schmalkalden-Meiningen. In diesem wurde beiden bis zum 07.05.2012 Zeit gegeben, Deutschland freiwillig zu verlassen. Falls sie sich weigern, würden sie abgeschoben.

Miloud erklärte am 6. April 2012 in einer öffentlichen Erklärung: „Ich werde Deutschland nicht unter Zwang verlassen. Ich werde nie das Lager Zella-Mehlis verlassen – bevor nicht alle anderen dort raus sind und ich es als Letzter schließen werde.“ In dieser Erklärung beschrieb Miloud die Repressionen, mit denen er aufgrund seiner Aktivitäten für die Verteidigung der Flüchtlingsrechte konfrontiert wurde. Er schilderte die Gefahren für ihn und Olesia Sarah bei einer Rückkehr der beiden in die Ukraine oder nach Algerien. Er stellte klar: „Wir wollen nicht gezwungen werden, in einem Land zu leben, in dem wir uns nicht sicher fühlen. Es ist unser Recht zu entscheiden, wo wir leben wollen – dafür werden wir weiterkämpfen.“

Sie bauen einen Kreis um jeden Flüchtling – dieser Kreis heißt Isolation. Wenn du es schaffst, ihn zu durchbrechen, wird dein Abschiebefall der Fall aller werden. Wenn du es nicht schaffst, können sie dich abschieben, oder sogar umbringen, ohne dass es jemand mitbekommt, nicht einmal deine Nachbarn im Heim. - Miloud Cheriff -

Die öffentliche Stellungnahme von Miloud erfuhr ein breites Echo. Zahlreiche Gruppen und Einzelpersonen erklärten sich solidarisch mit ihm. Der Studierendenrat der Universität Jena solidarisierte sich mit der Familie Lahmar Cheriff und forderte die Aussetzung der Abschiebung. Sie zeigten die Verbindung zwischen der Abschiebeandrohung und den politischen Aktivitäten von Miloud: „Flüchtlinge, die auf ihre schwierige Situation aufmerksam machen, sich solidarisch mit anderen Flüchtlingen verhalten und in Deutschland politisch engagiert sind, werden häufig stattlichen Repressionen ausgesetzt“, ... „Als solche wertet der Studierendenrat die Aufforderung an die Cheriffs, die Bundesrepublik bis zum 7. Mai zu verlassen oder anderenfalls abgeschoben zu werden.“

Das Landratsamt Meiningen war mit unzähligen Nachfragen und öffentlicher Kritik konfrontiert. Sehr bald hieß es nur noch, dass „eine Abschiebung zur Zeit nicht beabsichtigt ist“. Zudem musste

die Ausländerbehörde zugeben, dass sie vergeblich versucht hat, ohne Milouds Einverständnis ein Visum für eine gemeinsame Abschiebung in die Ukraine zu erwirken. Um ihr Image aufzupolieren, boten sie Familie Cheriff in einem Gespräch an, von Abschiebemaßnahmen – vorerst – abzusehen, Miloud sein Studium zu ermöglichen und Möglichkeiten eines humanitären Bleiberechts für Olesia Sarah auszuloten.

Das unterbreitete Angebot ist indes von gänzlich unverbindlichem Charakter. Die Rechtslage ist unverändert: Sarah und Miloud haben weiterhin eine Duldung, was nichts anderes heißt als „Aussetzung der Abschiebung“ – nur dass die Ausländerbehörde im Moment bekundet, in nächster Zeit nicht abschieben zu wollen bzw. zu können. Zynisch ist dabei, dass die konkrete Drohung mit Abschiebung ab dem 7.5. von der Behörde nun zur „Erinnerung“ an die Möglichkeit der „freiwilligen Ausreise“ verklärt wird. Es habe nie der Plan bestanden, die beiden per Abschiebung zu trennen. Es muss hier erwähnt werden, dass 2008 eine ähnliche „Erinnerung an die Möglichkeit der freiwilligen Ausreise“, ausgesprochen von der Ausländerbehörde Meiningen, Ruslan Yatskevich, der ebenfalls im Isolationslager in Zella-Mehlis lebte, in den Tod trieb.

Auf der Konferenz von THE VOICE Refugee Forum am 14. und 15. April diskutierten Flüchtlingsaktivistinnen und -aktivisten, wie sie durch praktische Solidarität die Abschiebung der Familie Cheriff verhindern können. Miloud selbst erklärte auf dieser Konferenz: „Sie bauen einen Kreis um jeden Flüchtling – dieser Kreis heißt Isolation. Wenn du es schaffst, ihn zu durchbrechen, wird dein Abschiebefall der Fall aller werden. Wenn du es nicht schaffst, können sie dich abschieben, oder sogar umbringen, ohne dass es jemand mitbekommt, nicht einmal deine Nachbarn im Heim.“ Miloud zog es vor, die Proteste wieder stär-

ker mit den Flüchtlingen in Zella-Mehlis zu verbinden. Unter ihnen sind Dutzende in der gleichen Situation. Und sie waren und sind es, die durch ihre Proteste die Veränderungen im letzten Jahr überhaupt möglich gemacht haben. Während jedoch infolge der vielen Aktionen der Großteil der Familien Wohnungen bekommen hatte, blieben viele der geduldeten Alleinstehenden im Lager zurück. Am 7. Mai kamen etwa 50 Aktivistinnen und Aktivisten aus unterschiedlichen Städten in Zella-Mehlis zusammen, um ihre Solidarität mit Miloud und Olesia Sarah zu bekunden. Sie überbrachten den dortigen Behörden die unmissverständliche Botschaft: „Wir stehen an Milouds und Sarahs Seite!“



Ein weiteres Mal wurde wir in unserer Überzeugung bestätigt: nur durch die öffentliche Positionierung und durch das Brechen der Isolation ist es möglich, die Abschiebung zu stoppen und weitere Schritte zu planen. Das ist einer der wichtigsten Erfahrungen der Kämpfe innerhalb des Netzwerks der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, und die aktuellen Kämpfe in Würzburg sind eine weitere Bestätigung. Wie lange sonst hätten die iranischen Flüchtlinge in den Isolationslager Bayerns ausharren müssen, bis ihre Asylverfahren bearbeitet worden wären?

HAMZA - EIN FLÜCHTLING FÜR IMMER



Hamza Barakat ist ein palästinensischer Flüchtling aus dem Gaza-Streifen und Aktivist von THE VOICE Refugee Forum.

Hamza, mittlerweile 36 Jahre alt, kam vor 10 Jahren als Flüchtling nach Deutschland. Er wartet immer noch auf eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts: „Weil ich Palästinenser bin, habe ich kein Recht auf politisches Asyl in Deutschland!“ Hamza lebte im Isolationslager Katzhütte in Thüringen - einem der schlimmsten Flüchtlingslager das man sich vorstellen kann. Zusammen mit THE VOICE Refugee Forum und der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen kämpfte er dafür, das Lager zu schließen. 2010 wurde das Lager schließlich geschlossen, nachdem es Jahre lang durch den Protest der Flüchtlinge öffentlich bekannt geworden war. Hamza wurde in ein anderes Lager nach Hildburghausen transferiert. Im Frühjahr dieses Jahres kam er nach Jena, wo er in einer „normalen Wohnung“ leben kann. Sein Asylverfahren ist aber immer noch in Bearbeitung. „Ich habe kein Recht zu arbeiten und keine Bewegungsfreiheit. Deutschland bietet mir keine Perspektive. Ich merke nun den Sinn der Asylgesetze: Sie wollen dich nicht.“, sagt Hamza, der nun seit drei Jahren auf die Entscheidung des Gerichts in Weimar wartet. Zuvor hatte er bereits sieben Jahre lang auf eine Entscheidung gewar-

tet, bis sie negativ ausfiel. Hamza schlussfolgert: „Diese Gesetze sind nicht für uns!“

„Deutschland behandelt die Flüchtlinge auf der Basis seiner Beziehungen zu den Staaten, aus denen die Flüchtlinge flohen. Das bedeutet, dass ein Flüchtling aus einem Land, das gute politische oder wirtschaftliche Beziehungen zu Deutschland pflegt, als Lügner abgestempelt wird.“

Die Behörden haben in ihrem negativen Asylbescheid Hamza mitgeteilt, dass die Situation in Gaza gut wäre, dass er dort leben könne und dort keine Gefahr für ihn bestünde.

Deutschland tut nichts dafür, dass sich die Situation in Palästina verbessert. Der Konflikt nimmt kein Ende, aber palästinensische Flüchtlinge werden hierzulande automatisch abgelehnt. Deutschland kommt seiner humanitären Verantwortung für palästinensische Flüchtlinge nicht nach. Sie verbleiben rechtlos: kein Recht zu arbeiten, noch zu studieren, nicht einmal sich frei zu bewegen.

Palästina ist durch Israel besetzt. Die deutschen Politiker ignorieren das. Gleichzeitig wissen sie, dass sie nicht das Gegenteil behaupten können. So sitzen sie zwischen den Stühlen und sind beschämt. Und weil die deutsche Justiz nur für Deutsche ist,

Vor dem Gesetz sind wir gleich, aber diese Gesetze sind nicht für uns!“

wird Hamza Barakat nie sein Recht auf Asyl bekommen. Weil Deutschland seine guten Beziehungen mit dem israelischen Staat nicht aufs Spiel setzen wird, bleiben Hamza und alle anderen palästinensischen Flüchtlinge rechtlos, obwohl sie triftige Fluchtgründe haben und nicht in ihre Heimat zurückkehren können.

Hamza Barakat hat nicht kapituliert. Er hat seit seinen ersten Tagen hier in Deutschland den Kampf gegen das rassistische System aufgenommen, und heute noch kämpft er gegen das Unrecht, das ihn entrechtet. Er sagt: „Dieses System will, dass ich Zeit meines Lebens ein Flüchtling bleibe!“

NICHTS SEHEN – NICHTS HÖREN – NICHTS SAGEN

FREIES DENKEN UNTER STRAFE – PRESSEFREIHEIT IN DER TÜRKEI

Mit dem Erfolg der kurdischen Partei BDP bei den Kommunalwahlen 2009, begann in der Türkei eine willkürliche und zügellose Verhaftungswelle. Neben Parteimitgliedern, Oberbürgermeistern, Politikern und Anwälten wurden auch Journalisten und Intellektuelle festgenommen. Den Menschenrechtsvereinen zufolge beträgt die Zahl der politischen Gefangenen seit 2009 ca. 11.000, wovon mehr als die Hälfte sich immer noch in Haft befindet. Der Vorwurf ist vielen bei der Festnahme nicht bekannt. Später stellt sich heraus, dass ihnen die „Unterstützung einer terroristischen Vereinigung“ vorgeworfen wird.

Die Zahl der festgenommenen Journalisten beläuft sich nach dem Bericht des internationalen PEN-Clubs auf ca. 1.000 Menschen. Derzeit befinden sich immer noch 110 Journalistinnen in Haft. Also mehr als in irgendeinem anderen Land. Der Organisation „Reporter ohne Grenzen“ zufolge ist die Türkei auf Platz 148 von 179 Plätzen in der Rangliste der Pressefreiheit 2011. Ein Wort, ein Vortrag, ein Artikel, oder eine geäußerte Meinung: all dies kann in der Türkei zu einer langjährigen Festnahme führen. Eine Gefangenschaft ohne Auskunft über die Anklage und jahrelange Haft ohne vor Gericht geführt zu werden gehören schon lange zum Alltag in der Türkei. Jegliche Menschenrechte, wie die Meinungsfreiheit, werden mit Füßen getreten und der Versuch einer Furcht- und Schreckensherrschaft sollen systemkritische, fortschrittliche und revolutionäre Kräfte im Kampf für eine gerechte und ehrenhafte Welt einschüchtern.

Der berühmte Verleger Ragıp Zarakoğlu war genau wie viele andere Intellektuelle und Journalisten ebenso von diesen Angriffen auf die Presse- und Meinungsfreiheit betroffen. Zarakoğlu wurde wegen eben demselben Vorwurf festgenommen. Er war und ist heute immer noch, wenn auch nicht eingesperrt, in Unfreiheit, weil er für die Freiheit des Wortes eintritt.

Im Rahmen dieser Thematik sprach sich Necati Abay, Sprecher der „Solidaritätsplattform für inhaftierte Journalisten“ (TGDP) in einer Vortragsreihe in Deutschland gegen die Scheindemokratie

der Türkei aus. Pressefreiheit ist demnach nur dann frei, wenn es sich im Rahmen der staatlichen Interessen bewegt. Alles andere ist der staatlichen Repression ausgesetzt. Auch Abay droht in der Türkei längere Jahre Haft. Als Journalist und Redakteur der sozialistischen Wochenzeitung Atilim wurde er zu mehr als 18 Jahren verurteilt worden. Noch wird diese Haft nicht vollzogen, aber sobald die Umsetzung der Strafe erfolgt wird noch ein weiterer Journalist Opfer einer undemokratischen politischen Entscheidung des Staates werden.

Die Arme des türkischen Staates reichen auch über die Grenzen des Staates hinaus. Fortschrittliche Studenten, Schüler, Journalisten und politische Aktivistinnen, die sich Zuflucht aufgrund der staatlichen Repression in anderen europäischen Ländern gesucht haben, wird mit der Auslieferung in die Türkei gedroht, wo sie jahrelange Haftstrafen erwarten. Das jüngste Beispiel hierfür ist die Festnahme Basak Sahin Dumans in Kroatien. Duman wurde bei Ankunft in Kroatien festgenommen und befindet sich seit dem 29. Mai 2012 in Kroatien im Gefängnis. Aufgrund des internationalen Haftbefehls, das der türkische Staat gegen diese Medizinstudentin erhoben hat, droht Basak Sahin Duman die Auslieferung in das Land, aus dem sie wegen der Repression geflüchtet war. Obwohl sie nach der Ankunft in Deutschland im Jahre 2006 Aufenthalt bekommen hat, krümmt sich der deutsche Staat keinen Finger, sieht sogar bewusst weg, und setzt dieser Ungerechtigkeit kein Ende. Die gegenseitigen Interessen der Staaten sind nur einige wenige Gründe, weshalb Menschen diesen Torturen ausgesetzt werden.

Dies sind nur einige wenige Beispiele. Wichtiger ist ein Bewusstsein gegen diese Angriffe zu entwickeln und die Öffentlichkeit gegen diese staatliche Repression in Bewegung zu setzen, denn das Schweigen und Unterdrücken der eigenen Meinung beraubt uns den Sinn des Menschseins. Wie der berühmte Autor Aziz Nesin schrieb:

**„Der Mensch ist nicht nur für das,
was er sagt,
sondern auch für sein Schweigen verantwortlich!“**



Ein Flüchtling aus Kunduz berichtet über die Isolation in Thüringen

Am 14. und 15. April 2012 organisierte THE VOICE Refugee Forum eine Flüchtlingskonferenz in Jena. Neben zahlreichen Flüchtlingen aus den Isolationslagern in Thüringen nahmen auch Flüchtlingaktivistinnen und -aktivisten aus anderen Bundesländern teil. Zwei Tage lang wurde über die Aktionstage gegen Botschaftsanhörungen in Berlin, über die Abschiebeandrohung gegen Miloud und Sarah und über die Lebenssituation in den unterschiedlichen Isolationslagern gesprochen.

Die größte Gruppe der Flüchtlinge kam aus Afghanistan: das Land, in dem die Bundeswehr seit Jahren militärisch aktiv ist. Im Anschluss dokumentieren wir den Redebeitrag von Herrn Dawood Mohammady, Flüchtling aus Kunduz, Afghanistan.

Ich heiße Dawud Mohammadi. Ich bin aus Kunduz, Afghanistan. Seit einem Jahr lebe ich in Greiz, in Deutschland. Ich bin mit ihrem Gutscheins-, Kleidungs- und Gesundheitssystem unzufrieden. Seit sieben Monaten leide ich an einer Sehschwäche. Ich kann weder weit sehen noch lesen. Wenn ich mich auf etwas konzentriere, fühle ich Schmerzen in meinen Augen. Diesbezüglich verwies mich der Hausmeister aus dem Sozialbüro auf den Arzt. Die Ärztin prüfte meine Augen und empfahl mir, eine Brille zu tragen. Nach der Beantragung der Brille erhielt ich später von der Ausländerbehörde ein Schreiben. Darin hieß es, sie können mir keine Brille geben. Also leide ich weiterhin.

Der Grund, warum ich mein Land verlassen musste, ist weil sie dorthin gekommen sind und den Frieden zerstört haben. Das ist der Grund, warum ich und zahlreiche Afghaninnen und Afghanen wie ich das Land verlassen mussten, in der Hoffnung ein besseres Leben hier zu finden. Aber unglücklicherweise erweist sich alles als das Gegenteil von dem, was wir uns vorgestellt hatten.

Ich bin verheiratet und habe zwei Kinder. Sie leben alle noch in Afghanistan. Als ich noch dort war, habe ich den Lebensunterhalt sichergestellt. Aber jetzt bin ich hilflos hier und sie hilflos dort. Tag für Tag leide ich, weil ich nicht weiß, wie es ihnen dort geht. Auf der einen Seite sagen diese Leute, dass sie uns ein gutes und modernes Leben geben wollen, auf der anderen Seite aber behandeln sie uns wie Kriminelle. Es ist unser bescheidener Wunsch an die Regierung, dass sie uns zuhört.

SUIZIDVERSUCH IN BRAMSCHHE

Am 24. Juni 2012 versuchte der 24-jährige afghanische Flüchtling Vahid Firouz sich Isolationslager Bramsche-Hespe das Leben zu nehmen. Die Situation in Lager Bramsche-Hespe war bereits mehrmals im Fokus der Öffentlichkeit [1]. Im Herbst 2011 protestierten die Flüchtlinge mehrmals gegen die Repressionen und Schikanen dort [2].



Herr Vahid Firouz wurde direkt nach seinem Suizidversuch in eine Klinik eingewiesen. Am 26. Juni 2012 protestierten die Flüchtlinge gegen die unerträglichen Bedingungen dort. Für den 3. Juli luden sie die Presse ein und berichteten über Instrumente der Isolation und der Zermürbung.

Herr Vahid Firouz hatte seine Heimatstadt Herat vor 14 Monaten verlassen, wie er sagt aufgrund der Bedrohung durch Vertreter des örtlichen Mullahregimes, und sich auf die Flucht begeben. Sein Vater starb in Afghanistan in Haft an einem Herzinfarkt, zu seiner Mutter hat er keinen Kontakt mehr. Seit 10 Monaten lebt er in der Landesaufnahmebehörde Bramsche-Hespe. Nachdem sein Asylgesuch vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bereits zwei mal abgelehnt wurde - was Herrn Firouz zufolge auch auf schlechte Dolmetscher zurückzuführen ist, die als Iraner dem Afghanischen nicht mächtig sind - verletzte er sich aus Verzweiflung am 24. Juni selbst an den Pulsadern. Bei einem Gespräch im Krankenhaus beklagt er, ebenso wie die in seinem Namen protestierenden Flüchtlinge, die Unterbringungsbedingungen in der LAB Bramsche-Hespe, die von schlechtem Essen, Isolierung und mangelhafter medizinischer Versorgung bestimmt sind. „Einmal musste ich zwei Monate auf einen Arztbesuch warten“ berichtet Vahid Firouz.

Herr Firouz klagte gegen die Ablehnung seines Asylantrages. Vor dem Gericht wurde er von der Richterin nicht ernst genommen. Seine vorgelegten Beweise wurde als unglaubwürdig abgewiesen. Da er nicht länger in dem Lager leben konnte, bat er zu seinem Bruder in einer anderen Stadt ziehen zu dürfen. Doch seinem Wunsch wurde nicht entsprochen.

[1] Hungerstreik im Lager Bramsche, 5.12.2006
<http://thecaravan.org/node/972>

[2] Wir wollen nicht isoliert im Lager Bramsche leben, Hintergrundinfo: <http://thecaravan.org/node/3038>

DIE KARAWANE BRAUCHT SPENDEN
denn der Kampf von Flüchtlingen kostet auch Geld!

Die Karawane ist auf Spenden angewiesen. Unsere Organisation besteht überwiegend aus Flüchtlingen, die (wenn überhaupt) nur über sehr geringe finanzielle Mittel verfügen. Aus diesem Grunde haben wir 2008 den „Förderverein Karawane e. V.“ gegründet. Unser Verein ist als gemeinnützig anerkannt und kann deswegen auf Wunsch Spendenquittungen ausstellen, so dass sie steuerlich absetzbar sind. Wenn bei der Überweisung die Adresse mit angegeben wird, verschicken wir die Spendenbescheinigung automatisch spätestens am Anfang des Folgejahres. Kontakt: foerderverein(at)thecaravan.org

Unsere Bankverbindung lautet:

Förderverein Karawane e.V.
Kontonummer: 40 30 780 800
GLS Gemeinschaftsbank eG
BLZ: 430 609 67



TERMINE

Noborder Camp Köln/Düsseldorf

13. bis 22. Juli 2012
Aktionscamp in Köln und Düsseldorf

<http://noborder.antira.info>

BREAK ISOLATION—Refugee Summer Camp

Ab dem 23. August 2012
Erstes Flüchtlings-sommercamp
in Deutschland in Thüringen

<http://thecaravan.org/node/3203>

Offenes und bundesweites Treffen der KARAWANE für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen

22. und 23. September 2012
Zeit und Ort des Treffens werden auf unserer Internetseite unter Termine bekannt gegeben:

<http://thecaravan.org>

<http://www.facebook.com/caravannetwork>

Kontakt Zeitungsredaktion:

The Voice of Refugees and Migrants
Email: newspaper@thecaravan.org
Telefon: +49 (0) 1578 65 46 336 (ab 19:00Uhr)

**SIE HABEN MEIN ASYLRECHT MIT FÜßEN GETRETEN.
DER KAMPF GEHT WEITER!**

Bericht vom Prozess Ali Safinaou Touré gegen die Bundesrepublik Deutschland

Am 22. Juni 2012 fand der Gerichtsprozess gegen die Ausländerbehörde des Landkreis Parchim statt. Sie hatten jahrelang den Antrag Ali Safianou Tourés auf ein humanitäres Bleiberecht verschleppt. Anwesend waren der Kläger Herr Ali Safianou Touré und seine Rechtsanwältin Frau Sigrid Töpfer und als Beklagte der Landkreis Parchim/Ludwigslust vertreten durch den Abteilungsleiter der Ausländerbehörde Parchim, Herr Lorenz, und seinen Vorgesetzten. Ebenfalls angereist waren etwa 50 FreundInnen und UnterstützerInnen, um Herrn Ali zu begleiten, den Prozess zu beobachten und mit einer Kundgebung sein Aufenthaltsrecht einzufordern. Die Menschen kamen aus Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Wuppertal, Hannover, Wolfsburg und Hamburg – Flüchtlinge, MigrantInnen und Deutsche.

Zu Beginn der Verhandlung erklärte der togoische Regimeflüchtling, Ali Safinaou Touré: „Meine Sicherheit ist in Togo nicht gewährleistet. Ich kann nicht in Togo zurückkehren wie Sie es gerne möchten. Meine Sicherheit wird in Togo in Gefahr sein. Seit Februar 2005 ist der Diktator Eyadema tot. Aber er lebt in den Männern seines Regimes weiter. Eyadema ist tot, aber das System, das er 40 Jahre lang aufgebaut hat, ist noch immer da. Der Sohn Eyademas, Faure Gnassingbe, der 2005 die Macht gewaltsam ergreifen wollte, ließ hunderte Menschen ermorden. Vor dem Hintergrund internationaler Proteste gegen den Staatstreik machte er einen Rückzieher. Aber einige Monate später organisierte die Regierungspartei RPT Wahlen und - welche Überraschung – es kandidierte Faure Gnassingbe. Ich denke, Sie kennen die Bedingungen, die bei dieser Wahl herrschten. Die Partei RPT, die seit 40 Jahren an der Macht ist, organisierte keine freien, demokratischen und transparenten Wahlen. Die RPT, die den Togolesen seit jeher Leid zufügt, betrog wie so oft zuvor bei den Wahlen, um Faure Gnassingbe, dem Sohn des toten Präsidenten, an die Macht zu verhelfen. Und wie es ein Sprichwort so schön sagt, wie der Vater, so der Sohn. Faure Gnassingbe umgab sich also mit den Führern der RPT, mit denen sein Vater 40 Jahre lang zusammengearbeitet hatte. Und somit lebt das Regime weiter und damit die Unterdrückung und die Verelendung. Aktuell wurde am 12. Juni eine Demonstration der Opposition in der Hauptstadt Lomé von den Sicherheitskräften des Regimes angegriffen. Es gab mehrere Tote und viele Verletzte.“

Der Vorsitzende Richter Skeries bezeichnete die Erklärung Herrn Tourés für das laufende Verfahren als nicht relevant. Der Antrag auf humanitären Aufenthalt nach §25 Absatz 5 Ausländerrecht war im Jahr 2007 gestellt worden. Im Jahr 2010 wurde eine Untätigkeitsklage beim Verwaltungsgericht Schwerin gestellt. Die Verhandlung am 22. Juni 2012 fand unter dem Vorsitzenden Richter Skeries statt. Dieser hatte bereits im Vorfeld der Rechtsanwältin angeraten, auf die Verhandlung zu verzichten, da er eine ablehnende Entscheidung treffen werde - mit dem Verweis, dass die Gründe des Klägers vom Bundesamt in Nürnberg zu prüfen seien und nicht den Landkreis Parchim betreffen. Die Rechtsanwältin Frau Töpfer hatte bereits im letzten Jahr einen Wiederaufgreifungsantrag nach §60 Absatz 7 beim Bundesamt gestellt. Dieser bezog sich auf die zielstaatenbezogenen Abschiebehindernisse, nämlich die Unmöglichkeit der medizinischen Versorgung ihres schwerbehinderten Mandanten in Togo. Dass sehr wohl auch Gründe für einen positiven Entscheid nach §25 Absatz 5 vorliegen, machte die Rechtsanwältin in der Anhörung deutlich und übte scharfe Kritik an der Haltung der Ausländerbehörde, diesen Antrag über 5 Jahre nicht entschieden zu haben: Herr Touré ist faktischer Inländer aufgrund seines langjährigen Aufenthalts und in Deutschland fest verwurzelt. Er hat ein großes soziales Umfeld in Deutschland aufgebaut, ist gesellschaftspolitisch aktiv und wird von Freunden und Freundinnen in der Alltagsbewältigung unterstützt. Er benötigt eine kontinuierliche medizinische Behandlung, welche nicht unterbrochen werden darf. Dass diese teilweise über einen UnterstützerInnenkreis organisiert werden muss, liegt an den menschenverachtenden Regelungen im Asylbewerberleistungsgesetz aber eben auch an der Ignoranz der Ausländerbehörde Parchim gegenüber den Leiden ihres Mandanten. Ohne die ehrenamtliche Hilfe wäre Herr Touré in gesundheitlich noch weit schlimmerer Lage. Die zehnjährige Lagerunterbringung, die eingeschränkte medizinische Versorgung und die Residenzpflicht haben deutlich zu der Verschlechterung der Gesundheit ihres Mandanten beigetragen. Eine Abschiebung nach Togo würde eine sich schnell vollziehende und drastische Verelendung zur Folge haben. Die Unzumutbarkeit der Ausreise ist anzuerkennen. Die Gesundheitsüberprüfungen durch die Behörde, die lediglich die Möglichkeit einer Reise-fähigkeit, Transportfähigkeit in Betracht gezogen haben, sind mangelhaft.

Die Ausländerbehörde erklärte aus der Defensive, dass es nicht um die Abschiebung gehen würde, sondern ja nur um Vorzüge im Aufenthalt. Daraufhin belehrte die Rechtsanwältin die Landkreisvertreter, dass es um Menschenrechte und Menschenwürde gehe. Den Vorschlag der Ausländerbehörde, sich an die Härtefallkommission zu wenden, kommentierte Rechtsanwältin Töpfer – statt selbst zu entscheiden, bietet die Ausländerbehörde an, auf Rechtsmittel zu verzichten. Das ist nicht zu akzeptieren. Dass die Gründe für ein Aufenthaltsrecht sowohl in diesem Verfahren wie auch im Bundesamtsverfahren miteinander in Beziehung stehen und auch durch die Gesetzgebung und die Rechtsprechung keine scharfe Abtrennung gemacht werden könne, sah auch der Vorsitzende Richter Skeries ein. Er schloss die Verhandlung mit der Ankündigung innerhalb von zwei Wochen eine Entscheidung zu treffen.



Währenddessen ging draußen vor dem Gerichtsgebäude die Mahnwache und der Protest für ein sofortiges gesichertes Aufenthaltsrecht für Ali Safianou Touré weiter. Zehn Jahre Duldung, zehn Jahre Verweigerung des Flüchtlingschutz, zehn Jahre Qual – Genug ist Genug! Mit Transparenten, Informationstisch, Flugblättern, Trommeln und Lautsprecherdurchsagen wurde die Solidarität ausgedrückt. Ali dankte den KundgebungsteilnehmerInnen und sagte: „Mein Asyl wurde mit Füßen getreten.“ Er sprach über die schweren Bedingungen als Flüchtling und über die Verschlechterung seiner Gesundheit über die vielen Jahre der Unsicherheit und der Beschränkungen und über seine Verbundenheit mit der Gemeinschaft der Flüchtlinge in Deutschland. Er endete mit den Worten: „La lutte continue – Der Kampf geht weiter.“

Darin waren sich alle einig und bekräftigten, dass jetzt die Zeit ist, den Aufenthalt durchzusetzen. „Unser Freund hat lange genug unter dem deutschen Asylsystem gelitten. Er hat viel Geduld geübt. Seine Gesundheit ist unnötigerweise weiter ruiniert worden. Vielleicht haben wir auch zu lange gewartet. Jedenfalls muss dieser Zustand ein schnelles Ende finden. Die Behörden des Landkreises und auch das Bundesamt in Nürnberg werden uns nicht loswerden und werden es akzeptieren müssen.“ Es gibt bereits Planungen zu weiteren Protesten in Parchim, dem Sitz der Ausländerbehörde und in Nürnberg, dem Sitz des „Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge“.

Es wurde auch in Erinnerung gerufen, wie in Mecklenburg-Vorpommern gegen die togoischen Regimeflüchtlinge vor und während der Kampagne gegen die Diktatur in Togo (2004 - 2006) vorgegangen wurde. Alassane Moussbaou, einer der Aktivisten, wurde nachts aus der Krankenstation der JVA Bützow entführt und heimlich abgeschoben. Nach unmittelbarer Bedrohung durch Regime konnte er sich nur durch erneute Flucht retten. Nach zwei Jahren Kampf gegen die Abschiebungen nach Togo sah sich die Landesregierung gezwungen eine befristeten Abschiebestopp zu erklären. Doch bedeutete dies keinen sicheren Aufenthalt, und die Anerkennung der Asylgründe wurden weiterhin ignoriert. Obwohl sich die Lage in Togo und die Macht des alten Regimes nicht verändert hatte, wurden wieder Abschiebungen durchgeführt. Viele Flüchtlinge wurden in die Illegalität gezwungen. Es gab Suizide, manche gerieten in Psychosen.

Ali Safinaou Touré hat nie aufgegeben. Im Netzwerk der KARAWANE und THE VOICE Refugee Forum kämpft er gegen das fortgesetzte koloniale Unrecht. Dazu gehörte auch die Sammlung von Protestbriefen zur Unterstützung der hungerstreikenden Flüchtlinge in Würzburg während der Kundgebung.

Kontaktbüros des KARAWANE-Netzwerks in Ihrer Region

	Telefon	Email	Adresse
Berlin	0170 8788124	the_voice_berlin@gmx.de	Haus Bethanien, Südflügel, Mariannenplatz 2, 10997 Berlin
Hamburg	040 43189037	free2move@nadir.org	Brigittenstraße 5, 20359 Hamburg
Jena	0176 24568988	thevoiceforum@emdash.org	Schillergässchen 5, 07745 Jena
Stuttgart	0176 27873832	thevoicebdw@yahoo.de	Böblinger Straße 105, 70199 Stuttgart
Wuppertal	015786546336	wuppkarawane@yahoo.de	c/o AZ Wuppertal, Markomanenstraße 3, 42105 Wuppertal

Die KARAWANE wird finanziell durch viele Einzelpersonen und die Bewegungstiftung unterstützt.

